

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg, Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg, Weichselstraße 40, Fernsprecher 1667. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 3, Fernsprecher 961.

Wahnerwerbende zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preussische Reichsanwalt monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. Bestellschein. Einzelne Nummern 6 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Infektionsgebühr: die sechsseitige Beilage 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamt 50 Pf. Vorkaufspreise Seite 290

Nr. 63.

Magdeburg, Freitag den 16. März 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

## Rückschrittliches vom Reichsversicherungsamt.

Es gab eine Zeit, da viele Arbeiter dem Reichsversicherungsamt die Anerkennung zollten, daß es seine Aufgabe als oberste Instanz in Unfallversicherungssachen mit einem erfreulichen Verständnis für die traurigen Verhältnisse der verunglückten Arbeiter erfüllte. Auch unsere Gegner schätzten damals das Reichsversicherungsamt ähnlich ein und beschwerten sich lebhaft über die höchst „bedenkliche“ Praxis des Reichsversicherungsamtes. Im Laufe der Zeit aber haben sich diese Verhältnisse gründlich verändert. Das Reichsversicherungsamt erwirbt sich immer mehr den Beifall der Unternehmer, während die Arbeiter nur zu häufig Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes nicht verstehen können.

Eine derartige, vom Standpunkt der verunglückten Arbeiter höchst bedauerliche Entscheidung ist wieder in dem jenseits erschienenen Februarheft der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ veröffentlicht. Es handelt sich hier um die Frage, ob die Bestimmung, des § 69 Abs. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes

„Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Teilrente festgesetzt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Sieht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnis, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören“

nur für die erste oder für alle Feststellungen der Entschädigungen Geltung hat, also auch für den Fall der Festsetzung oder Einstellung der Rente wegen Veränderung der Verhältnisse.

Diese Frage ist deshalb von so großer Bedeutung für die Arbeiter, weil der Schutz, der den Arbeitern nur für die erste Feststellung der Rente gesichert ist, von den Berufsgenossenschaften fast wertlos gemacht werden kann dadurch, daß nach kurzer Zeit wegen „Veränderung der Verhältnisse“ eine neue Feststellung der Rente erfolgt, und zwar jetzt, wenn jene Bestimmung für diese Fälle keine Geltung hat, nach dem allein vorliegenden Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft.

Bisher wurde die angeführte Bestimmung als maßgebend für alle Feststellungen der Renten angesehen. (Vergl. die Anmerkung 1 zu dem § 69, Abs. 3 in dem Götsch-Schindlerschen Jahrbuch der Arbeiterversicherung 1906, Teil 1, Seite 306.) Das Reichsversicherungsamt hat jetzt aber durch einen erweiterten Senat die entgegengesetzte Entscheidung getroffen.

Hierfür werden mehrere Gründe angeführt, die nach unserer Auffassung durchweg den Zweck der betreffenden Bestimmung verkennen. Als die Bestimmung in die Unfallversicherungsgesetze eingefügt wurde, habe, so heißt es u. a. in der Begründung der Commission, der Antragsteller nur zum Ausdruck bringen wollen, daß bei jedem Unfall der behandelnde Arzt zu hören sei. Für die Annahme der Bestimmung sei die Erwägung bestimmend gewesen, daß dem verletzten Arbeiter eine unbedingt unparteiische Leitung der Unfalluntersuchung gewährleistet werden müsse. Unter Anerkennung dieses Grundsatzes sei es in den Verhandlungen des Reichstags ausdrücklich als ein billiges Verlangen bezeichnet worden, daß der Arzt, der die Behandlung des Verletzten geleitet, im Verlaufe der Unfalluntersuchung gehört werde. Gerade von dem erst behandelnden Arzte darf zur Regel erwartet werden, daß ihm Gelegenheit zur Feststellung wesentlicher Tatsachen gegeben wird, die sich leicht der Kenntnis der erst später in Anspruch genommenen Ärzte entziehen.

Diese Erwägungen, die das Anhören des erst behandelnden, unmittelbar nach dem Unfall zugezogenen Arztes im Interesse einer einwandfreien Feststellung des objektiven Befundes als geboten erscheinen lassen, würden indessen auf den Fall der anderweitigen Rentenfestsetzung bei Veränderung der Verhältnisse nicht zutreffen. Hier handle es sich nur noch um die Frage, wie sich das durch den Unfall verursachte Leiden in der Folgezeit gestaltet hat. Zur Entscheidung der letzteren Frage werde es nur unter besonderen Umständen der Inanspruchnahme des behandelnden Arztes bedürfen. Sie werde in der Regel auch von jedem anderen Arzte unter Annahme der bereits vor der ersten Rentenfestsetzung, eingeholten ärztlichen Gutachten beantwortet werden können, ohne daß der Verletzte eine einseitige Beurteilung seines Zustandes zu besorgen hätte. Daher wäre die Anwendung der Bestimmung in denjenigen Fällen, in denen eine Rente abgeändert wird, aus sachlichen Gründen nicht zu rechtfertigen.

So im wesentlichen die Begründung der Entscheidung. Daß sie aber auf einer irrtümlichen Auffassung beruht, zeigt uns schon der erste Blick auf den Wortlaut der Bestimmung. Denn nach der Darlegung des erweiterten Senats, der jene Entscheidung getroffen hat, ist es gar nicht zu verstehen, was der zweite Satz der Bestimmung besagen soll, daß nämlich dann, wenn der behandelnde Arzt zu der Berufsgenossenschaft in einem Vertragsverhältnis steht, auf Antrag noch ein anderer Arzt zu hören ist. Und doch ist tatsächlich dieser Zusatz aus sehr gutem Grunde beantragt und angenommen worden.

Die ganze Bestimmung ist einer Anregung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu verdanken. Der sozialdemokratische Redner wies bei der Begründung der Bestimmung im Plenum des Reichstags darauf hin, wie sehr sich die verunglückten Arbeiter über die ärztlichen Gutachten beschwerten. Manche Ärzte, fuhr der Redner fort, hielten in der Tat zu den allerjüngsten Mägen Anlaß gegeben. Es sei Tatsache, daß ein Teil der Ärzte sich zu ganz willkürlichen hergegeben haben. In den allermeisten Fällen werde der behandelnde Arzt von den Berufsgenossenschaften nicht gehört, sondern derjenige Arzt, von dem die Berufsgenossenschaft Gutachten nach ihrem Wunsch bekomme. Endlich weigern sich manche behandelnde Ärzte, dem Wünsche des verletzten Arbeiters Folge zu leisten und ein Gutachten gegen ein ungunstig lautendes Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft zu erstatten. Aus diesen Gründen sei erstens die Vorschrift nötig, daß stets vor Feststellung der Rente der behandelnde Arzt gehört werden müsse, und daß zweitens dann, wenn der behandelnde Arzt der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft ist, noch ein anderer Arzt zu hören sei. Diese Gründe wurden vom Plenum des Reichstags als berechtigt anerkannt und demgemäß fand die von den Sozialdemokraten angeregte Bestimmung Annahme.

Erstauslich ist, daß dieser klare Sachverhalt dem erweiterten Senat des Reichsversicherungsamtes unbekannt geblieben ist, obgleich in der Entscheidung ausdrücklich auf die Verhandlung im Plenum des Reichstags hingewiesen wird. Freilich ist dabei nicht die Seite des Berichtes aufgeführt, auf welcher der Beginn der Verhandlung und die Rede des sozialdemokratischen Beiräters der Bestimmung zu finden ist, sondern es wird nur auf den letzten Teil der Debatte verwiesen. Aber auch dieser beweist die Wichtigkeit unserer Auffassung.

Nach derselben versteht es sich von selbst, daß der Schutz gegen die Gewissenlosigkeit derjenigen Vertrauensärzte, die den Anlaß zu der Bestimmung gegeben haben, ebenso notwendig bei der Veränderung der Renten ist wie bei der ersten Feststellung derselben. Für die verunglückten Arbeiter kann ein Gutachten, das unberechtigterweise eine „wesentliche“ Verbesserung in dem Zustande des Verletzten behauptet, zu großem Schaden anrichten. Daher ist die Entscheidung des erweiterten Senats des Reichsversicherungsamtes als ein für die Arbeiter sehr nachteiliger Rückschritt zu bedauern.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 15. März 1906.

### Bilows Wahlrechtsreform.

Kurz nach den ersten gewaltigen Demonstrationen vom 21. Januar meldeten halbamtliche Blätter, die preussische Regierung habe angesichts der Haltung der preussischen Arbeiter, die eine Diskussion der Wahlrechtsfrage nicht rätlich erscheinen ließe, auf die von ihr geplante Reform bis auf weiteres verzichtet.

Das Gohngelächter, das sich ob solcher „Unerfüllbarkeit“ alsbald erhob, veranlaßte sodann die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zu erklären, die Regierung habe nicht beschloffen, die Wahlrechtsreform von ihrem Programm abzusetzen; sie hätte vielmehr überhaupt nichts beschloffen.

Jetzt, wenige Tage vor dem 18. März, meldet die „Neue Politische Korrespondenz“, daß sich die preussische Regierung dennoch zu einer Wahlrechtsreform entschlossen habe, von der sie des näheren zu berichten weiß:

Es handelt sich dabei lediglich um die Teilung zu großer Bezirke, so daß dadurch eine Vermehrung der Abgeordnetenzahl um höchstens zehn Abgeordnete stattfinden dürfte und außerdem um praktische Maßnahmen mehr formaler Natur. Denn angesichts der sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen kann, gleichviel ob das preussische Wahlrecht für reformbedürftig gehalten wird oder nicht,

zurzeit von einer grundsätzlichen Änderung desselben nicht die Rede sein.

Wir begegnen hier wieder der blödsinnigen, tausendmal wiedergekauften Lüge, man wolle am preussischen Wahlrecht keine einschneidende Reform vornehmen, weil die Arbeiter gegen das Wahlrecht demonstrieren. Regierungen oder Parteien, die gesetzgeberische Maßnahmen nicht einzig und allein auf ihre Brauchbarkeit prüfen, sondern das Gerechte und Vernünftige deshalb nicht tun wollen, weil es von einer ihnen verhassten Partei verlangt wird, benehmen sich wie ungezogene kleine Kinder und verdienen auch wie solche behandelt zu werden. Daß sich die Feinde des gleichen Rechts in Preußen hinter diese unsäglich alberne Ausrede verschangen — sie könnten nicht, weil die Sozialdemokraten demonstrieren — beweist nur, was man den unaufgeklärten gedankenlosen Massen noch bieten kann oder doch noch bieten zu können glaubt.

Die agrarisch-konservative Presse ist wenigstens konsequent im Unsinne, wenn sie findet, „angesichts der sozialdemokratischen Demonstrationen“ müsse man das Strohdach des Dreiklassenhauses überhaupt ungeschickt lassen. In diesem Sinne schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Wir könnten uns kaum einen ungeeigneteren Zeitpunkt zur Einbringung der Vorlage denken als den jetzigen... Schneidet man die Wahlrechtsfrage einmal an, so ist es selbstverständlich, daß sich die Erörterung nicht auf die Vorschläge des Entwurfs beschränkt, sondern alle grundsätzlichen Fragen berührt. Das würde aber nicht nur vom sachlichen, sondern auch vom allgemein politischen Standpunkte aus sehr bedenklich sein, so lange die Sozialdemokratie in Wahlrechtsdemonstrationen macht. Während derartiger Demonstrationen und Demonstrationsvorbereitungen sollte die Wahlrechtsfrage ein kränkliches „Nährmichrichtan“ bleiben.

Hier zeigt sich wieder einmal deutlich, wie weit die Reaktion dem dummen Liberalismus in der Kunst, politische Situationen zu ihrem Vorteil auszunutzen, voraus ist. Der Wis, daß die Sozialdemokratie durch ihre „zu weit gehenden Forderungen“ und „maßlosen Agitationen“ die Sache des „gemäßigten Fortschritts“ schädige, ist nämlich eine echt liberale Erfindung Nichterscher Herkunft. Denselben Wis werden jetzt die Agrarier an, um zu verhindern, daß den Liberalen zehn neue Mandate geschenkt werden.

Gelingt das den Agrariern — wir wollen's mit höchster Gelassenheit abwarten —, dann wird das nationalliberale Arviech brüllen, die Sozialdemokratie habe es gehindert, das „Erreichbare“ wirklich zu erreichen.

Ob Bilows Wahlrechtsreform wirklich noch vor Ostern erscheint, wie die „Neue Politische Korrespondenz“ behauptet, oder ob die hohe Regierung „angesichts der sozialdemokratischen Demonstrationen“ doch nicht das nötige Gottvertrauen aufbringt, um einen so „bedenklichen“ Schritt zu wagen, kann uns völlig einerlei sein. Die preussischen Arbeiter werden sich von den Beschlüssen der preussischen Regierung nicht beeinflussen lassen. Solange das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum preussischen Landtag nicht errungen ist, wird es immer und immer wieder für sie heißen: Heraus damit! Wir demonstrieren! —

### Offizielle Erleuchtung.

Am Mittwoch abend veröffentlichten mehrere Berliner Blätter den vollständigen Wortlaut jener Rede, die Wilhelm II. an die Rekruten in Wilhelmshaven hielt und in der er ausführte, der Mangel an Gottvertrauen, unter dem Anno 1806 die preussischen Soldaten gelitten hätten, sei an der großen Bismarck, die der damalige preussische König bei Zenta erlitt, schuld gewesen.

Das Organ des Fürsten Bismarck druckt den Text dieses historischen Vortrags nicht ab. Dagegen veröffentlicht es zur gleichen Zeit an hervorragender Stelle einen sehr ausführlichen Aufsatz über „Das militärische Leben in Berlin vor 1806“, in welchem es den Nachweis führt, daß die völlige Verzweiflung der damaligen preussischen Zustände die beispiellose Katastrophe von Zenta verschuldet hätte.

Schon damals — so erfahren wir aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — hat man das Militär zu niederen Straßenpolizeidiensten herangezogen. Allerdings wurde es damals nicht bloß zu eventuellen „Straßenkämpfen“ bereit gehalten, sondern hatte auch alle möglichen Nachwachstumsdienste zu versehen, und die kleinen Ordnungswidrigkeiten, die sein scharfes Auge bemerkte, wurden mit schweren Strafen geahndet. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schließt ihre recht antichristlichen Schilderungen des militärischen Polizeidienstes vor 1806 wörtlich mit dieser nachdenklichen Bemerkung: So drückend ist die Soldateska heutigen Tages doch nicht mehr!



Schon damals — so erfahren wir weiter aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — war das Offizierkorps von Mästengeist und Mästendünkel beherrscht. Der König ersuchte damals die Offiziere, den Verkehr mit dem Bürgerstande zu vermeiden. Dazu bemerkt das Regierungsblatt: „Wie haben sich die Anschauungen in der verhältnismäßig kurzen Zeit von hundert Jahren geändert!“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ denkt offenbar daran, daß heute der Leutnant im Salon der Kommerzienräten keine ungewöhnliche Erscheinung mehr ist. Was würde man aber höhern Orts dazu sagen, wenn Offiziere der Armee in Arbeiterkreisen verkehren würden?

Schon damals — so erfahren wir schließlich aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — wurden Manöver abgehalten, die bloße Spiegelschere waren. Kurz und gut, so resoliert die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „der friderizianische Geist war verschwunden“, d. h. der Geist jenes Friedrichs 2., der ein Freund und Gesinnungsgenosse des Gottesleugners Voltaire war, und der einst meinte, daß der liebe Gott immer bei den stärkeren Vataillonen sei.

Und so was erfährt man aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“! Das geschieht am grünen Holze! —

### Staatlicher Zuschuß für Kunstinstitute.

Das reiche Hamburg hat weder ein eignes Theater, noch ein eignes Konzert-Orchester. Die Theater sind sämtlich Privatunternehmungen und das große Philharmonische Orchester wird von dem „Verein Hamburgischer Musikfreunde“ unterhalten.

Das Stadttheater, in dem an sechs Abenden Opern gegeben werden, während ein Abend dem Schauspiel reserviert ist, erhält freilich aus der Staatskasse seit langem einen jährlichen Zuschuß von 60 000 Mark und hat dafür die Verpflichtung, in jeder Saison einen Zyklus der Schiller-Dramen zu billigen Preisen an Sonntag-Nachmittagen zu geben. Die „Musikfreunde“ erhielten 5000 Mark Subvention und hatten dafür fünf Volkskonzerte zu 50 Pf. den Platz in jeder Saison zu veranstalten. Die Zahl dieser Volkskonzerte, zu denen seit zwei Jahren ein großer Teil der Karten an die Arbeiter-Organisationen geht, ist mit Hilfe einiger gemischter Chöre und des großen Lehrers-Gesangsvereins allmählich auf neun in der Saison gebracht. Doch auch diese Zahl genügt dem Andrang bei weitem nicht. Ein gutes Zeichen für den Kunst Hunger der weiten Hamburger Volkskreise.

Dazu kam, daß die Gagenverhältnisse beim Orchester der „Musikfreunde“ und vor allem auch beim Stadttheater recht traurige waren, so daß die Orchester mit ihrem Musikermaterial bei ganz großen Aufgaben nicht selten verjagten.

Um diese Mißstände aus der Welt zu schaffen, hatte der Senat bei der Bürgererschaft beantragt, den beiden Orchestern eine jährliche Subvention von 80 000 Mark zu zahlen und sie für die Zukunft so zu kopulieren, daß sie sich bei größeren Aufgaben unterstützen. Das hat die Bürgererschaft abgelehnt. Der Senat hat aber 100 000 Mark für die gleichen Zwecke ausgesetzt. Davon sollen dem Orchester des Stadttheaters 48 000 Mark jährlich gezahlt werden, 50 000 Mark dem Orchester der „Musikfreunde“ und 4000 Mark einer „Vereinigung für Volkskonzerte“, die sich aus den Vorständen der „Musikfreunde“ und der obengenannten Chöre gebildet und das ganze Volkskonzertwesen seit Jahresfrist in die Hand genommen hat. Das Stadttheater hat für die neue Subvention die Verpflichtung übernommen, in jeder Saison neun Opernvorstellungen an Sonntag-Nachmittagen für geringe Preise zu geben. Die „Vereinigung für Volkskonzerte“ wird ihre neun Konzerte weiter geben, und zwar zu 40 Pf. den Platz, und befreit sein, dazu noch einige Kammermusik- und Sonatenabende für denselben Platzpreis zu schaffen. Die „Musikfreunde“ werden schließlich eine Reihe von Konzerten für Volksschüler — Kinder der ersten Klassen —, die sie bisher freiwillig unter erheblichen Opfern gaben, alljährlich pflichtgemäß geben.

Das Hamburger Kunstleben hat durch die Bewilligung dieses Staatszuschusses ohne Frage eine wesentliche Förderung erfahren, zumal erfreulicherweise gerade die weiten Volkskreise an den Vorteilen teilnehmen werden. Sicher aber wäre die beste Lösung der Frage die von dem sozialdemokratischen Redner, der im übrigen für die Bewilligung der 100 000 Mark eintrat, geforderte Übernahme des Philharmonischen Orchesters und des Stadttheaters durch den Staat gewesen. Leider ist vorläufig nicht daran zu denken. —

### Der Unpersönliche.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sind folgende Zeilen über den Massenmord von Courrières zu lesen:

Zu tief von Höhlen und Klüften durchwühlten Leide des Berges. Hunderte von leuchtenden Menschen flattern, knien, kriechen. Schlag auf Schlag, von hammerbewehrten Händen geführt, fällt auf das steinige, schwarze Eingeweide. Stüd um Stüd fällt, rollert im Boden.

Lüftere Stille ionst. Sie und da schauen die glühenden Augen um sich, mit dem Todesjähren im Blicke. Es ist nicht geheuer da. Davon, hinaus aus dieser dunklen Enge. Ein resigniertes Sächeln. Und wieder kehren sich die Gesichter der Arbeit zu. Schlag auf Schlag! Schaffen, nur schaffen!

Da, ein Donnern. Das Gehör raubend. Ein Klammern, die Augen verjagend. Ein Geheul aus den schwarzen Lungen des steinigen, durchbohrten verhängenen Raumes. Dann — Wimmern, Sterben! Wo sind sie, die da sterben, knien, kriechen, die Schlag um Schlag gegen die Eingeweide des Hieses führten? Wo sie sind? Zwischen den flammenden Wägen, die hin und und wieder jaden, durch die Leiber hindurch, sie verjagend, röhrend. Zwischen den schwarzen Wägen, die gegeneinander prallen, sich zerdrückend, zerreibend. Hunderte sehen die Sonne nicht mehr. Die Sonne nicht mehr, ihre Weiber nicht mehr, ihre Kinder nicht mehr. Gebrölen flarren die Augen zur Erde, von denen der Arbeitstreibend noch rinkt. Weit sind die Wänder geöffnet, die nicht mehr

Zeit gefunden, nur einen Hilfschrei auszustößen und die — Anklage.

Haltet ihn, den Schuldigen, packt ihn! Mache! Mache! Ja, packt ihn — den Kapitalismus! Saha, packt ihn, den ungeheuerlich Mächtigen, den unerhört Grausamen, den nie sattten Verschlingenden, den schauerlich Unpersönlichen!

Der Dieb, der eine Semmel stahl, ist persönlich. Mitz schnell packen ihn die Häscher. Der messerbewaffnete Räuber entrinnt den eisernen Griffen der Mäher nicht. Der Despot, der seine Macht so ausgenüßt, daß Nord auf seiner Seele lastet, ist den rächenden Händen erreichbar. Verdammt und verurteilt steht eine wilde Soldateska vor der Welt Augen, die etwa die Männer eines ganzen Dorfes über die Klinge springen ließ. Andre standen auf und richteten die Eindringlinge wieder. Sie sind alle so persönlich und haßbar mit ihren Leibern.

Aber packt den Kapitalismus, der mit seinen tausend und aber tausend unsichtbaren Fängen die Hunderte unglücklicher Bergarbeiter in die Grube zur aufreibenden Arbeit, in die Grube zum qualvollen Tod trieb! Er ist nicht verantwortlich, er ist nicht persönlich. Schlaue hat der Unsichtbare alle Verantwortlichkeit von sich abgewälzt, auf die vielen in seinem Dienste, vielleicht auch auf die nun Toten.

Da packt die Rache vielleicht einen stillen Rentner zu Paris, der mit seiner Goldschere zwischen Wittag und Siefta einen Coupon von irgend einem Wertpapier herunter schnitt. Ist er Mörder an dem großen Morde, hat er mit der Couponjähre auch den Lebensfaden eines oder mehrerer den in der kohlendunklen Tiefe Hingefunkenen durchgeschnitten? Der vielleicht auch gemüthvolle Privatier, der vielleicht nicht weiß, was ein Bergwerk ist, der die Kräfte nicht kennt, die seinen Coupon wertvoll machten, der, wenn er nur den Vorfenteil und nicht die Tagesneuigkeiten in der Zeitung liest, vielleicht nicht einmal wissen muß, was da in einem fernen Arbeiterdorf in der Provinz geschehen ist. Und wenn er es erfährt! Ach, nun ja, da ist eben ein großes Unglück geschehen. Die armen Leute dort!

Aber er schneidet doch zur Zeit wieder seinen Coupon von seinem Wertpapier und die Trüffel munden ihm trefflich. Was kümmern ihn diese schwarzen Mauern da in der fernen Grube? Ist er der Kapitalismus? Der schauerlich Unpersönliche, der ein ganzes Dorf ausgemordet hat? ...

### Das neue französische Ministerium.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Zur Stunde, da ich dies schreibe, ist wohl das Ernennungsdekret noch nicht veröffentlicht, jedoch scheint die Liste der Männer, die das neue Ministerium bilden sollen, festzustehen.

Leon Bourgeois übernimmt, wie ich vorausgesagt, die Leitung des Ministeriums des Aeußern, jedoch weigerte er sich, auch das Präsidium zu übernehmen, das Sarrien, der jetzige Präsident des „Bloc“, übernimmt, der zugleich das Justizministerium bezieht wird. Da Lamerie Lecomte Lecomte, der damit zum erstenmal, trotz seiner langen und hervorragenden parlamentarischen Laufbahn ein Ministerium übernimmt. Der dem linken Flügel der Progressisten angehörende Poincaré übernimmt die Finanzen. Krieg, Marine und Landwirtschaft führen die jetzigen Minister Etienne, Thomson und Ruau, Unterricht und Kultus übernimmt Briand, der Verichterstatte der Trennungsvorlage, den die Renarftigung des sozialdemokratischen Nationalrats am Sonntag deshalb aus der Partei ausgeschlossen hat. Oeffentliche Arbeiten leitet der früher gemäßigte und jetzt der demokratischen Union angehörende Barthou, die Post Legues, der ehemalige Unterrichtsminister im Kabinett Waldeck-Roussieu, ein gemäßigter Radikaler, und die Kolonien der Sozialminister des Kabinetts Combes, der Radikal-Sozialist Doumergue.

Das neue Ministerium ist also ein ausgesprochenes Ministerium der Linken, das von den Sozialisten bis zu den Gemäßigten geht. Es unterscheidet sich von seinem Vorgänger dadurch, daß es, mit Ausnahme Briands, durchweg von Männern gebildet ist, die zu den anerkanntesten Führern ihrer Partei gehören. Charakteristisch für das Ministerium ist, daß Sarrien, der Präsident des Blocs, der unerschütterliche Drahtzieher des Ministeriums Combes, Präsident ist, und daß er es war, der das neue Ministerium bildete. Clemenceau und Bourgeois gehören zu den besten Namen, die das französische Parlament aufzuweisen hat. Bisher vertrat man es, Clemenceau, den französischen Eugen Richter — wohl gemerkt, den französischen —, aus jedem Ministerium fern zu halten, und auch diesmal verjagten seine radikalen „Freunde“ das selbe Manöver. Bedauerlich bleibt es, daß Briand die kaum geschlossene Einigkeit der Partei wieder brach. Somit konnte man sich über den neuen Staatsminister, der das Trennungsgesetz durchzuführen hat, nur freuen.

Das neue Ministerium wird wahrscheinlich die Wahlen weit überdauern. Es erinnert an das Ministerium Waldeck-Roussieu, nur daß es weit einheitlicher zusammengesetzt ist. Die Namen der neuen Männer versprechen viel; wir werden sehen, ob sie es auch halten.

Diesem Bericht unseres Korrespondenten sei angefügt, daß das neue Ministerium am Mittwoch nachmittag seine erste Vorstellung in der Kammer gegeben hat. Sarrien las die Erklärung vor, die das Programm der neuen Männer enthält. Der Passus über die Durchführung der Kirchen-Jobnau lautet:

Unter einer republikanischen Regierung ist das Gesetz der höchsten Ausdruck der nationalen Souveränität, es muß daher überall geachtet, es muß ihm überall Gehorsam geleistet werden. Die Regierung beschließt, mit aller notwendigen Umsicht, aber auch mit unerschütterlicher Festigkeit die neuen gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen, deren Charakter einige Parteien der Opposition vergeblich in ihr Gegenrecht zu verleiern gesucht haben.

Sie sind überzeugt, daß der gute Sinn des Volkes schnell über die falschen und interessierten Umdeutungen Bescheid halten wird, mit Hilfe derer man den Geist und die Tragweite des Trennungsgesetzes zu empfinden vermag. Die Regierung wird auf alle Fälle dem Willen und der Verantwortung der republikanischen Agitation nachgehen. Sie wird alle Mittel,

die die Weisheit ihr zur Verfügung stellen, gebrauchen, um ihr ein Ende zu machen.

Wir sind entschlossen, den Beamten alle notwendigen Garantien gegen Willkür und Mißhandlungen zu geben. Wir vertrauen auf ihre Ergebenheit, uns dabei zu helfen, durch Achtung vor dem Gesetz und der Disziplin den regelmäßigen Gang der öffentlichen Dienste sicher zu stellen.

Die Worte sind groß und mächtig. Es wird nun auf die Taten ankommen. Da die Ausschreitungen der aufgehetzten Bauern lustig fortbauern, so erhält die neue Regierung sofort ausgiebige Gelegenheit, den Worten die Taten folgen zu lassen.

Ueber die Verfolgung der Antimilitaristen wird gesagt: Die Regierung wird keine an Soldaten gerichtete Herausforderungen dulden, die bezwecken, diese von ihren Pflichten gegen das Vaterland und von dem Gehorsam gegen ihre Vorgesetzten abzubringen zu machen. Es wird von allen Offizieren und Soldaten eine gleiche Achtung vor den militärischen Vorschriften und den republikanischen Gesetzen verlangt. Das Heer weiß, welche lebhafteste Fürsorge das Parlament für dasselbe hegt. Wir werden nicht aufhören, die Stärke unserer nationalen Verteidigung dadurch zu vermehren, daß wir die Bande gegenseitigen Vertrauens, die die Armee und die Nation eng umfassen, noch enger gestalten.

Auch hier tönende Worte. Auch hier ist abzuwarten, nicht was die Regierung gegen die Antimilitaristen, wohl aber was sie gegen die Merikalen Offiziere unternehmen wird, die sich bei der Kircheninventur gegen das republikanische Gesetz weit offener und rücksichtsloser auflehnen, als dies die Antimilitaristen gegen militärische Befehle für eine Zukunft empfehlen.

In Marokko will das neue Ministerium erklärlichweise die Politik der Vorgänger befolgen. Der Erfolg wird angesichts der deutschen Ungeschicklichkeiten dann nicht ausbleiben. Das Bündnis mit dem Rußland des Zarisismus wird durch den Strich der „Treu“ besonders hervorgehoben. Auch die Radikalen und der ehemalige Genosse Briand respektieren die Milliarden, die der „teure Bundesgenosse“ jenseits der Memel eingesackt hat.

In der Debatte, die der Verlesung des Programms folgte, verlangte der sozialistische Abgeordnete Wasly eine sofortige Untersuchung darüber, wen die Verantwortung für den Massenmord von Courrières treffe. Der Ministerpräsident sagte sie zu. Einige Gemäßigte suchten den neuen Männern der bürgerlichen Radikalen ein Wein zu stellen. Mit dem Erfolg, daß die Kammer sich mit 305 Stimmen der Mitte und der Linken gegen 197 Stimmen der Merikalen Rechten und des Restes der Gemäßigten für die neue Regierung entschied.

Von der Zubilligung des Gewerkschaftsrechtes an die Staatsbeamten und von einer Amnestie der im Gefängnis sitzenden Antimilitaristen wird bis zu den Wahlen keine Rede sein. —

### Oesterreich.

Im Abgeordnetenhaus geht die Debatte über die Wahlrechtsreform weiter. In der Mittwoch-Sitzung hat sich der Ministerpräsident Gautsch mit den Kritikern aus dem gemischten bürgerlichen Lager, die bisher zu Wort gekommen sind, auseinandergesetzt. Er hat seinen Entwurf tapfer verteidigt und bei der polnischen Schlacht, den Wörden der ungarischen Bauern, verstärkte Nachgesichte ausgelöst.

Uebrigens hat sich dieser Tage der ungarische Ministerpräsident, der alte Kaiserregent, Krizovszky, an einer Deputation ebenfalls für das allgemeine, direkte, gleiche, geheime Wahlrecht ausgesprochen. In ihm sei das einzige Mittel zur Beseitigung der politischen Zustände des Landes zu erblicken. Das Volk gegen die Koalition der privilegierten Magnaten! schloß er dem Sinne nach. Wie einsichtig und demokratisch die Herrschaffen werden, wenn ihnen das Wasser bis zum Kinde steigt. —

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. März 1906.

### Sine gelbe Gewerkschaft!

Zur Bekämpfung der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft hat sich am 10. März d. J. wieder einmal ein neuer Verein gebildet. Deutschnationaler Arbeiterverband nennt sich diese Organisation, welche alle Leitungen der bürgerlichen Vereine in der Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung in den Schatten stellen will. Nach den Aussagen mehrerer Mitglieder hat ein Regierungsrat M. das Protektorat über diese Vereinigung übernommen. Weder der Vorstand dieser arbeiterfeindlichen „Gewerkschaft“ noch die Mitglieder haben wohl kaum eine Ahnung, welche Ursachen für die Unzufriedenheit der Arbeiterchaft bestehen, sonst wäre es kaum erklärlich, daß diese Kuchorganisation in Wirklichkeit aus Arbeitern besteht, die in den verchiedensten Betrieben Magdeburgs beschäftigt sind.

Doch hören wir, was diese gelben „Gewerkschaftler“ eigentlich wollen.

Zunächst gilt es, den Terrorismus zu bekämpfen, der nach der Ansicht dieser Armen im Geiste von den „modernen“ Gewerkschaften in gemeingefährlicher Weise den Mitarbeitern gegenüber angewendet wird. Der Vorsitzende der Vereinigung, der Dreher Eduard Baumgärtel, ist vor geraumer Zeit in Berlin gewesen und hat dort an einem vom Reichsverband veranstalteten Kursus teilgenommen. Hier hat dieser Mann zweifellos die Studien über den Terrorismus der organisierten Arbeiter gemacht. Die lammtrommen Elemente dieser „Organisation“ haben natürlich von den Aussperrungen vieler tausend Arbeiter durch die Unternehmer nie etwas gehört. Da sie auch noch niemals in die Verlegenheit kamen, eine eigne Meinung, welche sich mit der der Mitarbeiter deckte, vor dem Arbeitgeber zu vertreten, waren diese Arbeiter auch vor Wahlregelungen immer geschüßt. Von dem Terrorismus der Arbeitgeber wissen die Leute daher nichts zu erzählen. Es ist auch viel bequemer, die eignen Klaffengenossen unter dem Schutze der Unternehmer zu bekämpfen, als gegen letztere seine Menschenrechte zu vertreten.

Ein weiteres Streben gilt der Zerspaltung der Arbeiterorganisationen. Für dieses Treiben wird diese Vereinigung selbstverständlich den Dant der Unternehmer erzen. Fremdliche Unterstützung sieht nach den Aussagen der Mitglieder schon in Aussicht. Ähnlich erfordert ein solcher Kampf Mittel. Diese werden durch ein Eintrittsgeld von 50 Pf. und einen laufenden Beitrag von



30 Pf. pro Monat aufgebracht. Die Versammlungen finden regelmäßig am zweiten Sonnabend im Monat in der „Reichshalle“ statt. Die Agitation hat bereits lebhaft eingesetzt. Die von einigen Mitgliedern auf den Arbeitsstätten entwickelte Propaganda läßt natürlich auch den Humor zu seinem Rechte kommen. Einem nicht organisierten Arbeiter wurde auf seine Frage, „was bietet mir der Deutschnationale Arbeiterverband für die geleisteten Beiträge“, die Antwort, „daselbe, was der Metallarbeiterverband leistet“. Der Agitator der Deutschnationalen Arbeiter setzte hinzu, „sollte bei Streiks oder Aussperrungen, die ja hoffentlich nicht vorkommen, unsere Kasse nicht ausreichen, dann geben die Arbeitgeber Zuschüsse!“ Dies eine Beispielzeitung zur Genüge, was man von dieser Gewerkschaft erwarten darf. Die Arbeitgeber mögen diese „Organisation“ unterstützen und schützen, viel mehr als einige Dutzend Anhänger werden sie darin nicht bereinigt sehen. Die klassenbewusste Arbeiterschaft hat ein Interesse an der Erweiterung politischer Rechte. Sie will die wirtschaftliche Besserstellung. Das ist ein Streben, welches das Unternehmertum bekämpft. Hilfe im Kampfe gegen die Arbeiter leisten die Gewerkschaften S. D., deren Erfolge in der Vermittlung von „Arbeitswilligen“ bestehen. Deutschnationaler „Arbeiterverband“ und Gewerkschaft S. D., diese „Organisationen“ sind einander wert. Aber damit werden die verhassten freien Gewerkschaften fertig werden. Auf ein paar solcher bedeutungslosen Organisationen und Vereinen mehr kommt es bei dem großen Ringen der Arbeiterschaft nicht an. Alle diese Feinde der Arbeiterschaft können die Arbeiterbewegung wohl fördern, jedoch nimmer aufhalten. —

— Eine neue Volkzählung. Die hiesige Polizei will sich ein für allemal den Ruhm nicht streitig machen lassen, daß sie im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die fündigste ist. Sie hat zwar bei allen ihren Aktionen täglich Flakso erlitten, doch ist sie durch ihre Niederlagen keineswegs einschüchtert worden. Erst am Montag erlebte sie einen Reineisfall durch den Freispruch des Genossen Dantau. Dabei ersuchte man durch den Kommissar Schöne, daß der Polizei die Größe des Vereins Bedenken erwecke, obgleich sie selbst den größten Anteil an seinem Gedeihen hat. Jedenfalls hat man in der Neuen Ulrichstraße einen Schreck bekommen, als die umfangreichen Mitgliederverzeichnis dort eingelaufen sind. Man rüßte daher zu einem neuen Schläge und hat einige der Neuanmeldeten zur Vernehmung beordert. Ob sich Herr Schöne überzeugen will, ob die Neuanmeldeten wirklich alle ihren Beitritt erklärt haben, oder ob er sie an das Staatsgefährliche ihres Tuns erinnern will? Aber was auch beachtigt wird, die Polizei wird sich herein ergeben müssen, daß der Verein wächst und gedeiht, woran die Polizei ja auch ein gewisses Verdienst hat. —

— Achtung, Riffenarbeiter und Tischler! Vor Annahme von Arbeit in der Tischlerei G. u. C. Gr. Dierdorferstraße, und in der Tischlerei von Karl Jesau, Morgenstraße, wird gewarnt. In letzterem Betriebe ist die gesamte Arbeiterschaft ausfindig, weil Herr Jesau es ablehnt, den geringen Lohn zu erhöhen. —

— Achtung, Modellschneider! Aus einigen Betrieben fehlen die Fragebogen noch. Wir ersuchen um deren schnelle Ablieferung im Bureau Blauensteinstraße 10. Die Verwaltung.

— Der Ausstand der Metallarbeiter bei Gebr. Comichau dauert ununterbrochen fort. —

— Achtung, Gewerbe-Inspektion! Im Betriebe der Schokoladenfabrik Thiele u. Holzhaus in Parleben gehen Dinge vor, die sich nicht recht mit den gesetzlichen Bestimmungen über Arbeiterschutz vertragen, und die zu unersetzlicher Beeinträchtigung der Gesundheit führen. Seit etwa 14 Tagen arbeiten dort jugendliche Arbeiterinnen und Frauen von morgens 6 bis abends 7 1/2 Uhr, am letzten Montag und Dienstag wurde sogar bis 10 Uhr abends gearbeitet. Um die Arbeiterinnen nicht aus dem üblichen Takt zu bringen, arbeiten sie am letzten Sonntag von morgens 8 bis nachmittags 2 Uhr, es war ja nachher für die Feiertagsruhe des Sonntag noch Zeit genug. Besitzt die Firma Erlaubnis zu so ausgedehnter Sonntags- und Überstundenarbeit? Im Betriebe fehlt jeder Anschlag über die Bestimmungen betr. Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen; daraus kann man schon die nötigen Schlüsse ziehen. Wie notwendig der gesetzliche Maximalarbeitszeit für Frauen ist, kann man aus diesen Zeiten wieder ersehen, aber bis sich unsere Gesetzgeber hierzu endlich entschließen, wird noch lange Zeit vergehen, denn man hat ja viel dringender für Kanonen, Flinten, Schiffe etc. zu sorgen, damit das nach innen und außen so „glänzende“ Reich nicht in seinem Bestande Gefahr läuft. Also bleibt's immer noch beim alten „Hilf dir selbst!“ —

— Frühere Schulentscheidung. Damit die Kinder, die zum 1. April eine Berufsstellung (L. u. C. u. s. w.) antreten müssen, durch den späten Schluß des Schuljahres wirtschaftlich keinen Schaden erleiden, hat die Regierung die Schuldeputation ermächtigt, diejenigen Kinder, deren Eltern oder Pfleger einen Antrag auf frühere Schulentscheidung stellen, schon am 1. April aus der Schule zu entlassen, vorausgesetzt, daß die betreffenden Kinder nach den bestehenden Bestimmungen zu Ostern d. J. zur Entlassung kommen. —

— Warum bekämpfen wir die Reglementierung der Prostitution? Ueber dieses Thema sprach am Mittwochabend im Verein Magdeburger Jugendschutz, im Saale des „Kaiserhof“, Herr Pastor Hoffert aus Kolmar. Redner behandelte die Frage vom Standpunkt der Abolitionistischen Föderation; einer Vereinigung, die neben anderem auch die Bekämpfung der staatlichen Reglementierung der Prostitution zum Ziele hat. Der Vortragende bekämpfte zunächst die in Männerkreisen vorherrschende Anschauung, daß die Prostituierten, die bei der Sittenpolizei eingeschrieben sind und deshalb regelmäßig untersucht werden, als gesund betrachtet werden können. Diese Anschauung ist und bleibt ein Hirngespinnst. Auf die Ursachen der Prostitution näher eingehend, als da sind: Schlechte soziale Lage, Hungerlöhne der Arbeiterinnen, traurige Wohnungsverhältnisse und verkehrte Erziehung, verurteilt Redner die vom Staat gebildete Reglementierung, vor allem die Art, wie die sogenannte Sittenpolizei, um — die Sitten zu schützen — die Prostituierten unter ein Untersuchungsgefäß stelle, als eine große Ungerechtigkeit. Würden die Töchter der Arbeiter oder der Wohlgen in dem Maße der Prostitution anheimfallen, wie die Töchter des arbeitenden Volkes, dann würden sich sehr bald Leute finden, die gegen die polizeiliche Registrierung protestierten. Der heutige Staat hätte kein Recht, sich als christlich zu bezeichnen, weil er der Unzucht durch Reglementierung förmlich Vorschub leistet und die Prostituierten in ein abscheuliches Strahlungsverhältnis preßt. Redner schloß eingehend die Schäden, die der Reglementierung anhaften, die galoppartige Unterentwicklung, die keinesfalls eine Gewähr für die absolute Gesundheit der Prostituierten bietet, wie Herr P. an der Hand von reichem Zahlenmaterial nachwies. Jedenfalls sei eine Untersuchung der Männer ebenso notwendig, da eine Verbesserung der Sittenpolizei nicht zu denken sei, so müsse es einer zukünftigen besseren Gesellschaftsordnung und einer ununterbrochenen Aufklärung über die Gefahren der Prostitution überhaupt aus der Welt zu schaffen. Der Besuch der Versammlung, an der auch einige Sozialdemokraten teilnahmen, war sehr mäßig. —

— Wilhelm-Theater. Das nächste Benefiz findet für vier Operetten-Sängerin Fräulein Künze Sonntag, es ist auf Mittwoch den 21. März festgesetzt. Zur Aufführung kommt noch einmal „Das Jungfernstück“. — Nach dem großen Erfolg, welchen die neue Operette „Die Schlingentanz“ bei ihrer Erstaufführung hatte, wird dieselbe für längere Zeit auf dem Spielplan stehen. —

— Im Circus Carrafort wird am Freitag den 16. d. M. nachmittags der berühmte japanische Champion, der Meister der neuen Selbstverteidigungslehre Jiu-Jitsu vor geladenem Publikum und der Presse eine Extra-Vorstellung, wie solche bereits in Berlin vor dem Kultusminister Dr. Städt und Ministerial-Direktor Althoff stattfand, geben, um dann am Abend mit seinem neuen Verteidigungs-System vor die allgemeine Öffentlichkeit zu treten. Die Herausforderung des Japaners ist bereits an alle Meisterlinge und Meisterlinge ergangen und sollen sich schon verheißungsvoll gemeldet haben. Außer dieser sensationellen Neuheit wird ab Freitag abends 8 Uhr ein gänzlich neues Programm im Circus Carrafort zur Vorführung gelangen. —

— Prospekt. Die Abonnenten in der Sudenburg werden auf einen Prospekt der Firma Kaphengst aufmerksam gemacht, der unserer heutigen Nummer beiliegt. —

## Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 14. März 1906.

Verurteilung Sittlichkeitsverbrechen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde gegen den vorbestraften Zylinder Ernst Heinicke aus Fernerstedt, geboren am 7. März 1887, verhandelt. Derselbe soll im März oder April v. J. zu Schönebeck ein junges Mädchen mißhandelt und versucht haben, an derselben ein Sittlichkeitsverbrechen zu begehen. Im Mai v. J. soll er an einem zweiten Mädchen unter Drohungen ein Sittlichkeitsverbrechen begangen haben, und auch diesmal soll er die Verleihe mißhandelt haben. Auf Grund des Beweisergebnisses bejahen die Geschwornen in beiden Fällen nur verurteiltes Sittlichkeitsverbrechen im Zusammenhang mit Körperverletzung. Dementsprechend verurteilte der Gerichtshof Heinicke zu 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Auf die erkannte Strafe wurden 2 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. —

Meineid. Die zweite Verhandlung des heutigen Tages hatte einen Meineid zum Gegenstand, den der politische Arbeiter Bednarek, geboren 1873, zuletzt wohnhaft in Hötensleben, vor dem Amtsgericht Erleben in einem Alimentsprozeß, den eine Arbeiterin gegen einen Aufseher als den Vater ihres unehelichen Kindes führte, geleistet haben soll, weil er erklärte, er sei der Arbeiter Joseph Herchel. Irrtümlich war Bednarek nämlich unter jenem Namen geladen, denn er nannte sich hier in Deutschland so und hatte auch Papiere, die auf den Namen Herchel lauteten. Seine eignen Legitimationspapiere will der Angeklagte eines Tages in Magdeburg verloren und in der nächsten Nacht noch die falschen von einem Unbekannten gekauft haben. Die Geschwornen bejahten die Schuldfrage mit dem Strafgrundungsgrund aus § 157 des Strafgesetzbuchs. Demgemäß verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten wegen vorsätzlichen Meineids zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. —

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 14. März 1906.

Beleidigung. Der Agent Albert Markwardt senior, geboren 1838, der Kellner Albert Markwardt junior, geboren 1873, und die ledige Elisabeth Markwardt, geboren 1865, hier, lebten mit dem Hausgenossen, Hofkalligraphen Sig. in erbitterter Feindschaft und sollen ihn am 11. April 1905 durch Schimpfreden beleidigt und bedroht haben. Markwardt junior soll auch mit einem Stock nach ihm geschlagen haben. Das Schöffengericht verurteilte Markwardt junior am 30. Januar d. J. zu insgesamt 13 Mark Geldstrafe, sprach dagegen die beiden Mitangeklagten frei. Die Berufungskammer hat das Urteil auf, erhöhte die Geldstrafe des Markwardt junior auf 15 Mark und belagte Markwardt senior und Elisabeth Markwardt wegen Beleidigung mit je 15 Mark Geldstrafe. —

Frühstück. Der Schiffsjunge Heinrich Schuster, geboren 1890, und die Knaben Franz Göring, geboren 1891, Friedrich Speer, geboren 1893, und Karl Speer, geboren 1891, zu Aker, sind wegen schweren Diebstahls angeklagt. Schuster, Göring und Friedrich Speer fliehen am 10. Januar d. J. aus dem Kaiserwärd in eine Verkaufsstube des Gastwirts Koch und stahlen verschiedene Waren. Am 12. Januar fliehen Schuster und Friedrich Speer, am 13. Januar Schuster und die Gebrüder Speer ein und hatten Sachen heraus. Die Kammer erkannte gegen Schuster auf 2 Wochen Gefängnis, Friedrich Speer auf 1 Woche Gefängnis, Göring und Karl Speer auf je 3 Tage Gefängnis. —

Jugendliche Diebe. Der Arbeitsbursche Rudolf Schilling hier, geboren 1891, soll am 14. März 1905 aus der Ladenkasse der Frau Schowell ein Portemonnaie mit etwa 200 Mark gestohlen haben. Ferner soll er den 13 Jahre alten Paul Hahn hier angeklagt haben, dem Schüler Schmidt eine Wistenkartensache zu entreißen. Das Schöffengericht verurteilte am 11. Januar d. J. Schilling zu 1 Monat und 2 Wochen Gefängnis, Hahn zu 2 Wochen Gefängnis. Die vom Vater des Schilling eingeleagte Verurteilung wurde verworfen. —

Junge Langenichtse. Die Fürsorgezöglinge Ernst Mose, geboren 1890, Johannes Neuhans, geboren 1891, und Otto Leinung, geboren 1891, aus Verbnung, zu 1 und 3 vorbestraft, entwichen am 3. November 1905 aus dem Friederichshaus daselbst und kamen nach Magdeburg. Hier stahlen sie aus einem Laden Wurst, auf der Strafe von einem Karren eine falsche Kognak. Nachdem sie gefessen und gerunten hatten, betrat Neuhans den Laden des Uhrmachers Heine, griff sich eine Elektrizitätsmaschine und ließ damit weg. Seine Genossen hatten Wache gestanden. Betreffs der Beweismittel ist kein Strafverfahren gestellt. Wegen des letzten Falles erhielten Mose 1 Monat Gefängnis, Neuhans 3 Tage Gefängnis, Leinung, der sich im wiederholten Rückfall befindet, 4 Monate Gefängnis. —

## Meine Chronik.

Soldatenmißhandlungen im großen.

Das Kriegsgericht in Düsseldorf verurteilte den Unteroffizier Wilhelm Binsch vom 16. Infanterieregiment in Mülheim wegen Mißhandlung Untergebener in 52 Fällen zu sieben Monaten Gefängnis und Degradation. — Das Kriegsgericht der 20. Division in Brannschweig verurteilte den Unteroffizier Schlecht vom 92. Infanterieregiment wegen Mißhandlung in 67 Fällen und vorläufiger Verurteilung in 31 Fällen zu sechs Monaten Gefängnis und Degradation. —

Raubmörder Hennig verhaftet!

Der Räuber Rudolf Hennig, der sich nach seiner Flucht seit dem 6. Februar d. J. allen Nachstellungen der Polizei zu entziehen wußte, ist am Mittwoch mittags in Stettin in dem Augenblick festgenommen worden, als er einen Fahrstuhlfahrl verließ. —

Schülererec.

Aus gekränktem Ehrgefühl erhängte sich, während seine Eltern das Theater besuchten, in Dresden der 16 jährige Realschüler Frieze, der von seinem Vater eine Züchtigung empfangen hatte. —

Ein Bechenungslück.

Auf der Fische „Prosper“ (Essen) befanden zwei Bergleute mit einem Schlitzen dem Verbot zuwider den Bremsberg, wobei der Schlitzen abstürzte. Der eine der beiden Lechtstimmigen ist tot, der andere lebensgefährlich verletzt. —

Die Katastrophe von Courrières.

Die Ingenieure, die von der Regierung beauftragt worden sind, die Rettungsarbeiten zu leiten und die Werke wieder betriebsfähig zu machen, haben einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit erstattet.

In diesem Bericht wird die Katastrophe auf eine Gasexplosion als Folge eines bereits bereits bestehenden Brandes zurückgeführt. Wegen der Verwesung der Leichen ist das Innere der Grube fast unzugänglich, und die Rettungsmannschaften schwanken, ob sie die Arbeiten fortsetzen sollen. Der Bericht hat angeordnet, daß die zutage gefördert Leichen in Villamontigny nur eine Stunde ausgestellt bleiben dürfen und dann sofort eingelazert und beerdigt werden sollen. Den deutschen und französischen Rettungsmannschaften gelang es, weitere 88 Tote zu bergen. Einige der Deutschen sind an den Folgen von Rauchergiftung erkrankt. Insgesamt sind bisher 228 Leichen geborgen worden. —

Ein Hochwasserunglück.

Ein großes Hochwasserunglück hat in den letzten Tagen dem Kreis Hethedring heimgesucht. Dadurch, daß sich Ende voriger Woche bei Hageningen, nahe Biontschen, im Meißelfluß eine bis auf den Grund gehende Eisverkopplung gebildet hatte, trat dieser über die Ufer und überflutete weite Teile des Landes. Eine große Anzahl Dörfer, darunter die Kolonie Wisnau, befinden sich in größter Wasserflut. Die Bewohner waren unvorbereitet und mußten auf die Hüden der Häuser flüchten. Hilfeleistung war bis Montag unmöglich. Erst am Montag gelang es, einige hundert Frauen und Kinder nach Hethedring zu schaffen. Schmutzige Bärte sind verloren. Die Häuser sind unbewohnbar. 50 Pioniere mit 13 Pontons von Königsberg wurden zur Rettungsarbeiten und zur Sprengung des Eises kommandiert. —

Drei Orte vom Erdboden weggefegt.

Der in Honolulu eingetroffene Dampfer „Sierra“ meldet, daß ein heftiger vulkanischer Ausbruch auf der zum deutschen Kolonialbesitz gehörigen Insel Savaii stattgefunden und drei Dörfer vom Erdboden weggefegt habe. Ein Vasaström in einer Breite von dreihundert englischer Meilen fliehe dem Meere zu. —

## Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

Sd. Petersburg, 15. März. Dießige sowie Moskauer Blätter melden, daß die Revolutionäre einen bewaffneten Aufstand vorbereitet. In Massen werden Proklamationen an die Arbeiter und Bauern verteilt, Bomben und Schießmaschinen in großen Mengen hergestellt. Ein Mitglied des Revolutionärskomitees soll sich geäußert haben, daß am Tage des Ausbruchs der Revolution alle Häuser, die von Arbeitern bewohnt sind, in Brand gesteckt werden, damit das arme Volk auf die Straßen flücht. Gestempelt werde nur in kleinen, fliegenden Kolonnen, die mit Bomben, Revolvern und Dolchen ausgestattet sind. Die bereits sich bemerkbar machende Bewegung unter den Eisenbahnern steht mit der Aktion des Revolutionärskomitees in Zusammenhang. Allen Wahlkommissionen gehen seitens der Revolutionäre Drohbriefe zu, in denen für den 31. März Ueberfälle auf die Kommissionen angekündigt werden. Die Regierung ordnete an, daß in mehreren westlichen Gouvernements alle Wahlvorbereitungen einzustellen sind. (Die freie Erfindung hat natürlich diesen allgemeinen bewaffneten Aufstand verbreitet. Red.) —

Moskau, 15. März. Auf allen Bahnhöfen und in den Personenzügen der ostsibirischen Eisenbahn ist folgende Bekanntmachung vom 7. März 1906 ausgehängt: „Falls gegen das Leben irgend einer Person aus welchem Gesetze, eines Ordnamens oder eines Bahnbeamten aus politischen Gründen ein Anschlag verübt wird, so werden eine Stunde nach dem Attentat die bei Truppenstellen und in Gefängnissen als Geiseln festgehaltenen Werkstätten sämtlich niedergegeschossen werden. Gezeichnet: Generalleutnant Neunenkauf.“ Verhaftet sind nahezu 600 Personen. Täglich werden mehrere von ihnen durch die unter Neunenkaufs Kommando stehende Strekpedition standrechtlich erschossen. Bisher sind im ganzen etwa 60 Verhaftete hingerichtet worden. In Verhören wurde gestern an neun Personen die Todesstrafe vollzogen, darunter an einem Lokomotivführer, weil bei ihm ein Jagdgewehr gefunden wurde. —

Sd. London, 15. März 1/2 Uhr mittags. (Privattelegramm der „Volkstimme“.) Der Petersburger Korrespondent der „Daily Tribune“ meldet seinem Blatte die Leidensgeschichte von 27 politischen Gefangenen, die in Kutais (Kaukasus) verhaftet und eingesperrt worden seien. Die Gefangenen, Männer, Frauen und Kinder, wurden zusammen in einer kleinen, dunklen Zelle untergebracht, in der sie kaum Platz hatten, neben einander zu stehen. In der ersten Nacht stellte sich Luftmangel ein, so daß die Gefangenen zu ersticken drohten. Die Frauen und Kinder fingen an zu schreien. Nachdem vier Personen erstickt waren, warfen sich die übrigen gegen die Tür und brühten sie ein. Von Kofaken wurden sie mit Bajonetten in die Zelle zurückgedrängt. Sie versuchten später nochmals die Tür aufzubrechen. Diesmal töteten die Kofaken mehrere Männer und Frauen, um den übrigen Schrecken einzujagen. Am nächsten Morgen waren nur noch zehn von den 27 Personen am Leben. —

\* Madrid, 15. März. Im Verlauf der Kammer Sitzung ließ der Oberst Primoribera dem Abgeordneten Soriano mit der Faust in das Gesicht und schlug ihm zwei Zähne aus. Nun will er dem Kerker zum Straf für die verlorenen Zähne eine Kugel in den Kopf jagen. —

Sd. Paris, 15. März. Aus Algiciras meldet das „Journal“: Die nächste offizielle Sitzung findet am Sonntag statt. —

\* Paris, 15. März. Die Minentkommission der Deputiertenkammer hat nach Anhörung des Rabitalen Dixon, der auf die Notwendigkeit hinwies, daß festgestellt werden müsse, wen für die Katastrophe von Courrières die Verantwortung trifft, beschlossen, sich an Ort und Stelle zu begeben, sobald der Stand der dortigen Arbeiten es ermöglichen wird, sich ein Urteil über die Umstände der Katastrophe zu bilden. —

Sd. Lille, 15. März. Bei Schacht 5 in Courrières haben die Bergungsarbeiten gestern abend begonnen. Ein Arbeiter, der eingestiegen war, erklärte, er sei auf einen Haufen Leichen vor mindestens 300 Mann gestiegen. — Mehrere Grubenarbeiter sind für heute zum Untersuchungsrichter berufen, um die Ursachen der Katastrophe zu klären. —

Sd. Brüssel, 15. März. Die belgischen Arbeiter werden Sonntag in Brüssel einen großen Umzug halten, um Gelder für die Opfer der Katastrophe in Courrières zu sammeln. Die Minenarbeiter des Bezirks Mons nehmen an Arbeitsanzug daran teil. —

Sd. Paris, 15. März. Die gestrige Kammerdebatte war aus dem Interesse heraus nicht reich an Inhalt. Das neue Ministerium Sarrien stellte sich in allen abgegebenen Erklärungen auf den Standpunkt, daß die Zeit zur Diskussion von Programmen vorüber ist, und daß die Kammer nur noch eine Aufgabe zu lösen hat, den endlichen Abschluß des Budgets für 1906. Dieser Standpunkt entspricht tatsächlich der Situation und Sarrien betonte mit Erfolg, welche Verantwortung jede Opposition gegen den Abschluß des Budgets für die Mehrheit nach sich ziehen würde. Neben Sarrien weiterhin ankündigte, daß die Regierung ihr Programm von den Wahlen mitteilen werde, stellte er zugleich die Solidarität der alten Blockparteien für diese Wahlen auf. Ein ungeheurer, boshafter Vorstoß Ribots gegen Briand trug abhandeln noch zur sofortigen Sammlung der Linken bei, so daß selbst die Sozialisten nicht mehr gegen die Regierung stimmten. —

\* Paris, 15. März. In einem Dorfe des Departements Nordistan erwartete gestern eine bewaffnete Menge die Ankunft des mit der Übernahme der J. n. e. r. t. i. e. r. u. g. beauftragten Beamten. Vor der Kirche hatten sich mehrere tausend Landleute aus der Umgegend versammelt, von denen eine Anzahl Waffen unter den Hüften trug. Auch der Bischof und die konservativen Deputierten und Senatoren des Departements hatten sich vor der Kirche versammelt. Der mit der Übernahme des J. n. e. r. t. i. e. r. u. g. beauftragte Beamte mußte sich unter zehntausend Leuten zurückziehen. —





### Kaufen Sie keinen

Jackett, Rock, Gehrock-Anzug, Ueberzieher, Knaben-Anzug, Hose,

### Konfirmanden-Anzug

und keine Arbeiter-Garderobe, bevor Sie meine Auswahl und Preise nicht gesehen haben.

Gelegenheitskauf-Geschäft 3055

Schwertfegerstr. 14 **B. Wolff** Schwertfegerstr. 14

# Zähne! Zähne! Zähne!

<b>Deutsche Zähne</b> mit unechten Stiften, ev. kombiniert <b>1 Mk. 25 Pf.</b> von 6 Zähnen ab inkl. Platte	<b>Amerik. Zähne</b> mit Platinstiften, im günstigen Fall kombiniert <b>1 Mk. 75 Pf.</b> von 5 Zähnen ab inkl. Platte	<b>Amerik. Zähne</b> Justi u. White, ausschliesslich nur mit Platinstiften <b>2 Mk. 25 Pf.</b> von 4 Zähnen ab inkl. Platte
--	--	--

Zahnoperationen jeder Art. Plomben in verschiedenen Ausführungen.  
Gebissreparaturen in Kautschuk 2 Mk.

## R. Zimmermann

Ecke Scharrnstrasse — **Breiteweg 69/70 II** — am Ratswageplatz.

Telephon 4355

Praxis seit 15 Jahren. — Nur dies ein Atelier.

### Arbeiter, Handwerker, Bürger!

Lassen Sie sich nicht mehr von Inhabern jedweder Abzahlungsgeschäfte und den sogenannten Zahnreisenden beschwatzen, und zahlt nicht mehr für Zähne, die im Einkauf 6, 9 oder 12 Pfennig kosten, 3, 4, 5 oder 6 Mark. Wenn Sie in einem Abzahlungs-Atelier beeinflusst wurden, gute Zähne zu nehmen und dafür 3, 4 oder 5 Mark zahlten, so ist es nicht bewiesen, dass Sie beste Zähne in Ihrem Gebiss haben. Wenn Sie sich auf diese Weise für betrogen halten, so können Sie Ihr zuviel gezahltes Geld zurückverlangen oder weitere Zahlungen einstellen. Kommen Sie zur Aufklärung in mein Atelier, ich werde die Sache prüfen, um die nötigen Schritte zu tun. Für Gebisse, die nicht gut sitzen, braucht man nicht weiter zu zahlen. Zu jeder Auskunft gern bereit. D. O.

Im Kunstverlag von Albert Langen, München, erscheint:

## Die Frau in der Karikatur

von Eduard Fuchs

in 20 Lieferungen à Lieferung 1 Mark.

Bestellungen nimmt entgegen

Buchhandlung Volksstimme, Jakobstr. 49.

Nur heute Freitag und morgen Sonnabend

### Rindfleisch billig

Bratenstücke  
Roastbeef  
Suppenfleisch, nur ein Preis, à Pfund 55 Pf.

**A. Bosse, nur Gr. Münzstr. 14.**

### Fleisch-Offerte.

Rindfleisch, Schwarzfleisch 75 Pf.	Schafes Kind- u. Schweinefleisch 75 Pf.
Rouladen 85	Rindfleisch, Leberwurst und Sülze 75
Rohfleisch 65-70	Bratwürst 100
Schweinefleisch, Schinken 80	Gute Bratwürst 100
Ausgeschälte Nuten und Carbonade 85	Schinkenwurst 100
Kalbsteck 55-65	Schinkenbraten 100
Paradeisfleisch 65	Schmalz 90

Hocher Schinken im ganzen 1.20 Mk.  
im Ausschchnitt 1.50

Schwibbogen 3, in der Ecke.

Für schwache, zurückgebliebene Kinder  
kauft man Lebertran-Ernährung à Fl. 2.00, stets frisch und gut bei  
**Gustav Schabert, M.-Sudenb., Halberstädterstr. 107**  
gegenüber der Kurfürstenstraße.  
Mitglied des Rabaisparteivereins.

## J. Brilles

Neustadt, Lübeckerstr. 20  
gewährt 12

**5 Prozent Rabatt.**

**Konfirmanden-Stiefel**

kaufen Sie am besten und billigsten bei

**W. Coors**  
M.-Sudenb., Halberstädterstr. 116

**Gänse! Gänse! 65 Pf.!**  
Flomen 1.00, Jakobstr. 3, Klein 50 Pf.

## Leih-Haus

M. Birnbaum  
2-3 Kaffarinenstr. 2-3

Eingang im Hausflur.

belehnt alles.

## Möbel

einzelne und ganze Ausstattungen, billigst

**Wilhelm Heil**  
Möbelmagazin 2750  
la Schrottdorferstr. la.

Erstklassige 3000

**Emaill-Haushaltungs- und Küchengeräte**  
erstaunlich billig

**Altmarkt 23.**

**Wilhelm Erdmann**

Sudenburgerstr. 23 empfiehlt sein Lager von Schulwaren in eleg. Kunst- u. Konfirmation. Solide Preise.

Zur Anfertigung von eleganter Damen- u. Kinder-Garderobe empfiehlt sich in und außer dem Hause 3036

**Eise Tielsch**  
Schrottestraße 20, 2 Treppen.

**Küchensetzel**  
der Magdeburger Volksküche Gr. Marktstr. 21.

Geöffnet von 11 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
Portion Essen mit Fleisch 20 und 27 Pf., ohne Fleisch 18 Pf., eine Tasse Kaffee 4 Pf., 1 Brötchen 2 Pf.  
Freitag: Heringsklops mit Salsartoffeln.  
Sonntag: Graupensuppe mit Rindfleisch.

**Gänsepökelfleisch**  
um schnell damit zu räumen, verkaufe von jetzt ab à Pfd. 10 Pf. billiger  
**M. Weinberg, Berlinerstr. 1a.**

**Gänse! Gänse!**  
60 Pf. an.  
Gänselein à 60 Pf.  
Gänseflomen à 1 Mk.  
Gänseleber, Gänse geteilt. **Weiss**  
Gr. Marktstr. 1.

**Fahrrad** neu, Doppelgl.-Lager, stabil, 1 Jahr Garantie  
kompl. für Nähmaschine gutgehend 85 Mark, für 15 Mk.  
zu verk. Stephansbrücke 6, p. 1203  
E. gut erh. Zieh. Handharmonika, B. S., 3. v. H. Feuer, Lübeckerstr. 42.

**Schreibhefte**  
empfehlen die  
Buchhandlg. Volksstimme.

**Jeder Geflügelbesitzer**

bestelle bei der Post die jeden Mittwoch erscheinende beste und billigste illustrierte Geflügelzeitung "Norddeutscher Geflügelhof". Abonnementspreis nur 30 Pf. pro Vierteljahr. Probenummern gratis und franco von der Expedition in Oldenburg i. Gr.

**Wagenlackierer**  
suchen für dauernde Beschäftigung  
**Gebr. Reichstein**  
3032

**Brandenburg a. H.**  
Kinderwagen- und Fahrradfabrik.

**Schriftsetzerlehrling**  
gesucht **Max Böhlecke**, Buchdruckerei, Hohepfortstr. 49. 1208

**Einen Bäckerlehrling**  
sucht zu Ostem unter günstigen Bedingungen **Louis Enke**, Bäckereimeister, Calbe a. S. 2898

**Ein Bäckerlehrling**  
kann zu Ostem oder sofort in die Lehre treten bei  
**Karl Müller, Lößberg.**

**Städtisches Orchester**

**Hofjäger**  
Sonnabend den 17. März 1906  
abends 8 Uhr 3024

**Grosses Volkskonzert.**  
Leitung: Kgl. Musikdirektor **Joseph Krug-Waldsee.**  
Eintrittskarten  
im Vorverkauf . . . 20 Pf.  
an der Kasse . . . 30 Pf.

**Restaurant z. Gabelung**  
Ecke Feld- u. Coquillstr., Budau  
1112 vom 15. bis 23. März  
**Großes Preisschießen!**  
18 wertvolle Preise. Preise und Bedingungen sind im Katalog ausgehellt. Zu zahlreicher Beteiligung laden ein  
**W. Schütz und J. Heep.**

Wir empfehlen März-Literatur:  
**Die deutsche Revolution**  
Geschichte der deutschen Bewegung in den Jahren 1848/49. Von W. B. 1a  
Mit vielen Porträts und historischen Bildern.  
In Bruchband gebunden.  
Früherer Ladenpreis Mk. 5.70, jetzt Mk. 5.—.

**Geschichte der französischen Revolution**  
von 1848 und der zweiten Republik.  
Vollständig dargestellt von L. Heritier.  
Mit vielen Porträts und historischen Bildern.  
In Bruchband gebunden.  
Früherer Ladenpreis Mk. 6.50, jetzt Mk. 5.—.

**Die Klassenkämpfe in Frankreich**  
1848—1850.  
Mit einer Einleitung von Friedrich Engels.  
Preis Mk. 1.00.

In dieser meisterhaften Studie wendet der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung die Methode an zur Klärung der treibenden sozialen Momente der 48er Revolutionsperiode. Die Engels'sche Einleitung gibt mit scharfen Schlaglichtern auf die Gegenwart eine Geschichte der Entwicklung der revolutionären proletarischen Taktik vom Barrikadentkampf bis zum allgemeinen Stimmrecht und — zum Umsturz.

**Revolution und Konterrevolution**  
in Deutschland.  
Von Karl Marx. — Deutsch von Karl Kautsky.  
Preis Mk. 2.—.

Das Buch ist eine ausgezeichnete Uebersicht über den allgemeinen Gang der 48er revolutionären Bewegung in Deutschland.

**Buchhandlung Volksstimme, Jakobstraße 49.**

**Neute Freitag und morgen Sonnabend**  
infolge günstigen Einkaufs

**Ausnahmepreise für pa. Rindfleisch**  
— hiesige Schlachthofware — 3054

**ff. Bratenstücke** nur ein Preis . . . à Pfd. nur 70 Pf.

**Suppenfleisch** . . . à Pfd. 50-60 Pf.

**ff. Kalbfleisch** Keule, Niere, Rücken, à Pfd. von 50 Pf.  
an, Brust à Pfd. 40-50 Pf.

**la. Schweinefleisch** Schinken, Nacken, Carbonade à Pfd.  
80 Pf., Bauch, Rippe à Pfd. 75 Pf.

**Prima dicke Flomen** à Pfd. 73 Pf., bei 10 Pfd. nur 70 Pf.

**Garantiert Schweineschmalz** à Pfd. 75 Pf., bei 5 Pfd. nur 70 Pf.

**Garantiert reiner Rinderrintentalg** à Pfd. nur 45 Pf., bei 5 Pfd. 40 Pf.

**Richard Bosse** nur Gr. Marktstraße 20  
nur dies eine Geschäft.

**III. Magdeburger Saison**

Telephon 690

# Circus

**Sarrasani**  
Freitag den 16. März, abends 8 Uhr  
**Grosser Novitäten-Abend**  
mit einem gänzlich neuen  
**Sensations-Programm!**

U. a.:

**Jiu-Jitsu** Meister der Selbstverteidigungslehre Jiu-Jitsu. In-  
Die Quelle japanischer Kunst S. Maj. des Kaisers  
Krajt\* des von Japan, des Präsidenten  
Katsukuma Higashi Koojebelt usw.

Sonnabend den 17. März 1906  
Nachmittags 4 Uhr

**Einzigste Familien- und Schüler-Vorstellung**  
mit extra bedeutend reduzierten Preisen.

**Preise der Plätze**  
für Kinder: Logen 80 J, Tribüne u. Sperr 40 J, I. u. II. Platz 20 J, Galerie 10 J; für Erwachsene: Logen 1 A, Tribüne u. Sperr 75 J, I. u. II. Platz 50 J, Galerie 25 J. (Preise ausschließlich Billetsteuer.)

Abends 8 Uhr: **Gala-Parade-Abend!**

**Jiu-Jitsu**  
Alle starken Männer, Athleten, Professionale oder Amateure, werden höflich eingeladen, mit  
**Katsukuma Higashi**  
Champion japanese of Jiu-Jitsu genannt der Unbesiegbare, einen Match anzugehen. **Katsukuma Higashi** verpflichtet sich, einen jeden, der sich ihm im Zweikampf gegenüberstellt, zu besiegen. Bis heute war noch kein Mensch imstande, den Meister des Jiu-Jitsu, Mr. **Katsukuma Higashi** zu überwinden.  
Anmeldungen werden täglich bis nachmittags 3 Uhr in dem Bureau des **Circus Sarrasani** entgegen-  
genommen.



# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 63.

Magdeburg, Freitag den 16. März 1906.

17. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

65. Sitzung.

Berlin, 14. März, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Pofadowski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Dr. Bachnicke (Freif. Vg.) Dr. Müller-Sagan (Freif. Vp.) auf reichsrechtliche Beseitigung der landesgesetzlichen Beschränkungen des Vereinsrechts für Frauen.

### Vereinsrecht für Frauen.

Abg. Dr. Bachnicke (Freif. Vg.): Im Gegensatz zu den ähnlichen Anträgen der Nationalliberalen und des Zentrums beschränkt sich unser Antrag nicht nur auf die sozialpolitische Tätigkeit der Frau. Unser Vereinsrecht ist veraltet, und am meisten veraltet sind seine Bestimmungen über die Frauen, die in geradezu verlebender Weise mit Schülern, Lehrlingen und bürgerlich Ehetodes zusammengefasst werden. Der geniale Segmentansatzweg des preussischen Polizeiministers kann wirklich nicht als befriedigend angesehen werden. Man blamiert sich mit solchen Dingen vor dem Ausland; und aus diesem Gefühl der Mamage heraus hat man wohl in einer Versammlung, in der man eine deutsche Dame am Neben hinderle, eine Engländerin reden lassen. (Hört, hört! links.) Will man nicht, was das Beste sein würde, das ganze Vereinsrecht reichsrechtlich regeln, dann sollte man wenigstens in bezug auf die Frauen eine generelle Regelung herbeiführen. Es ist auf die Dauer unmöglich, den erwerbstätigen Millionen von Frauen die politische Gleichstellung mit den Männern zu verjagen. Auf der Heimarbeitersitzung fiel aus Frauenmunde das Wort: Die Arbeiterinnen sollen sich organisieren. (Zuruf: Die Kaiserin!) Die Dame ahnte nicht, wie recht sie damit hatte. Man verweist die Frauen auf die Heirat, vergißt aber dabei, daß viele Jungfrauen nicht heiraten wollen, weil sie zuwenig verdienen oder weil sie zuviel ausgeben. Ein freies Koalitionsrecht ist mehr wert, als ein ganzes Bündel von Schutzgesetzen. (Sehr richtig! links.) Wir fordern zurzeit das politische Stimmrecht der Frauen nicht, weil es das Ende, aber nicht der Anfang der Entwicklung sein muß. Wie stark aber die Frauen an öffentlichen Dingen interessiert sind, zeigt ein Blick auf die Schulfrage und auf die Getreidezölle. Der Standpunkt Reichs, daß das Weib nur die Erhaltung des Mannes sei, ist nicht aufrechtzuerhalten. Die Frau will sich nicht mehr ausschließlich auf den Haushalt verweisen lassen und verlangt mit Recht, ihre beruflichen und öffentlichen Interessen so gut wie der Mann wahrnehmen zu können. Die Regierung, deren Vertreter Grafen Pofadowski ich zu meiner Freude hier sehe, hat sich in der letzten Zeit der Frauenbewegung nicht unfreundlich gegenübergestellt; ich hoffe daher, daß sie unsern Antrag Folge leisten wird. (Beifall links.)

Abg. Wasserhagen (natl.) erklärt sich namens seiner politischen Freunde für den Antrag. Die Sozialdemokraten erhöhen die bürgerliche Frauenbewegung und fordern alle Frauen auf, sich an die Brust der Rosa Luxemburg und der Anita Augspurg zu werfen. (Schallende Heiterkeit. Zuruf b. d. Soz.: Die Augspurg sehen wir ab! Heiterkeit.) Allzu großer Radikalismus schadet nur. Wohl aber muß z. B. den Heimarbeitern das Recht der Organisation gegeben werden und muß die verlebende Gleichstellung der Frauen mit Männern aufgehoben. (Beifall.)

Abg. Sander mann (Soz.): Die Inkonsequenz dieses Antrages entspricht der ganzen Plamenweichheit des Liberalismus. Die bürgerliche Frauenbewegung hat nur die Interessen der Damentwelt, nicht die Interessen der proletarischen Frauen vertreten. Fraulein Anita Augspurg wird übrigens höchst ungenügend darüber sein, daß sie durch Herrn Wasserhagen der Sozialdemokratie einverleibt worden ist. Wir verlangen die reichsrechtliche Abschaffung aller Bestimmungen, welche das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen benachteiligen. Das durch die Gewerbeordnung gewährte Koalitionsrecht der Frauen wird völlig illusorisch gemacht, wenn, wie es in Sachen häufig geschieht, minderjährige Frauen aus Versammlungen ausgewiesen werden, in denen über die Versicherungsangelegenheit verhandelt wird. Besser sieht es um die gewerkschaftliche Betätigung der Frauen in Bayern und Württemberg, aber politische Rechte verjagt man ihnen auch dort. Es ist die größte Schande, wenn man beim Becherklang die Frauen befragt, ihnen aber die politischen Rechte verjagt. Allerdings sind die Schlepperdienste für die kapitalistischen Parteien sind die Frauen gut genug und werden von protestantischen wie katholischen Stanzeln zu solchen Diensten aufgefordert. — Wir werden für den Antrag stimmen, obwohl er uns längst nicht weit genug geht. Wir fordern freie Bahn für die Betätigung des weiblichen Geschlechts. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Freif. Vp.): Das Vereinsrecht ist eines der Hebelstücke jenes vorwärtlichen Polizeistaates, von dem in seiner bedeutenden Rede vom 12. Dezember vorigen Jahres Staatssekretär Graf Pofadowski sprach. Die Verworfenheit des Vereinsrechts ist eine Hauptquelle der Unzufriedenheit und fördert mächtig die Sozialdemokratie. Trotz wiederholter mit überwältigender Mehrheit gefasster Beschlüsse des Reichstages sind wir noch immer zu keinem Reichsvereinsrecht gekommen. Den 7 Millionen erwerbstätiger Frauen darf nicht länger die Gleichstellung mit den Männern verjagt werden. Die Rechtsprechung hat den Begriff der öffentlichen Angelegenheit so weit ausgedehnt, daß die Regierung selbst erjährt und durch die an sich rechtswidrige Segmentpraxis eine gewisse Erleichterung kam. (Zuruf links: Mit Rücksicht auf die Frauen des Bundes der Landwirte!) Gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften wird eine Politik kleinlicher Nadelstiche geübt. Höchstens noch der „Kauflav „Blauze Wölfe“ (Heiterkeit) wird als unpolitisch anerkannt. — Den Frauen nur das Recht zur Vertretung ihrer beruflichen und sozialpolitischen Interessen geben, heißt nur neue Unklarheiten schaffen. (Sehr wahr! links.) Das ganze Vereinsrecht muß reformiert werden. Ohne eine solche Reform ist keine durchgreifende Sozialpolitik möglich. Der jetzigen Herabwürdigung des weiblichen Geschlechts muß und wird ein Ende gemacht werden. (Bravo! links.)

Da die beiden nächsten Redner Abg. Lattmann (Wirtsch. Vg.) und Stachel (Pole) nicht zur Stelle sind, schließt die Diskussion. Der Antrag Bachnicke-Müller wird gegen die Stimmen der Konserverativen angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags v. Chrzanowski und Genossen (Polen) auf

### Änderung des § 130 des Strafgesetzbuchs

um der dem Sinne des gedachten Paragraphen widersprechenden reichsgerichtlichen Interpretation der Begriffe „Gefährdung des öffentlichen Friedens“ und „Anreizung zu Gewalttätigkeiten“ Einhalt zu tun.

(Staatssekretär Graf Pofadowski verläßt den Saal.)

Abg. v. Chrzanowski begründet den Antrag. Dem in den stehenden Paragraphen ist die weiteste Auslegung gegeben worden und die drakonischen Urteile sind auf Grund dieser Auslegung ergangen. Aufschärfen ohne Text (Medner legt solche auf den Tisch des Hauses nieder) sind als Aufreizung zum Mordanschlag

unter Auflage gestellt worden. Selbst in Liebern und historischen Spielen für Kinder (Medner legt solche auf den Tisch des Hauses nieder) hat man Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gesehen. (Heiterkeit.) Die Haltung der preussischen Gerichte in politischen Prozessen distrahliert das Ansehen des Richterstandes. In weitesten Kreisen der Bevölkerung ist man fest davon überzeugt, daß die preussischen Richter mala fide (in böser Absicht) handeln. (Vizepräsident Graf Stolberg ruft den Medner zur Ordnung.) Die preussischen Staatsanwälte beunruhigen geradezu das öffentliche Leben. Wegen Freisprechung von Medakteuren legen sie gewohnheitsmäßig Revision ein. Selbst das Tragen von Mützen, die seit 30 Jahren einen Teil der Volkstracht ausmachen (Medner legt eine solche Mütze auf den Tisch des Hauses nieder. Große Heiterkeit), wird als Aufreizung zur Begehung von Gewalttätigkeiten angesehen und unter Auflage gestellt. Und wenn Freisprechung der staatsgefährlichen Mütze erfolgt, so legt der Staatsanwalt Revision ein. Eine vollständige Medisunfieberheit herrscht bei uns. Die Buchhändler wissen nicht mehr, welche Bücher sie führen dürfen. Die Auslegung, die die Gerichte dem § 130 geben, bedeutet einen Eingriff in die freie Meinungsäußerung (Beifall bei den Polen.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Der § 130 ist nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen uns Sozialdemokraten ausgeübt worden. Die Auslegung des § 130 erfordert allerdings veränderte Richter. Wenn die Ausbildung von politischen Parteigruppen auf Postkarten als geeignet betrachtet wird, zu Gewalttätigkeiten aufzureizen, wie aufreizend muß dann die Anzahl der Kavallerie wirken. (Sehr richtig! b. d. Soz. und große Heiterkeit.) Der ganze Paragraph ist eben nur geschaffen worden, um politische Meinungsäußerungen zu unterdrücken. Harmlose Minderheiten sind als aufreizend angesehen worden; befand sich das Voterpilz auch darunter? (Große Heiterkeit.) Wenn Kleidungsstücke als aufreizend angesehen worden sind, so scheint man zu wollen, daß die Polen nackt gehen sollen. (Stürmische Heiterkeit.) Wie reinlich sind die übrigen mit dem Verlangen nach der Ver. Dinge zusammen? (Erneute Heiterkeit.) Den geschäftlichen, kaufmännischen § 130 verbanden wir mit dem Verlangen der Nationalliberalen, die allerdings ganz so vertrauensselig wie die jetzigen Nationalliberalen doch nicht waren. Den Beispielen von Tendenzurteilen gegen die Polen, die der Vordredner angeführt hat, könnten wir noch viel zahlreichere Beispiele von Tendenzurteilen gegen die Sozialdemokratie anführen. Das französische Recht, dem dieser Paragraph entstammt, hat wenigstens daran festgehalten, daß unter verschiedenen Bevölkerungsklassen unter keinen Umständen politische Parteien verstanden werden dürfen. Der § 130 bedeutet eine noch schlimmere Daumdrückerei für jede politische Betätigung, als der alte preussische Haß- und Verachtungsparagraph. Man hat in Düsseldorf sogar einen Anarchisten zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sich durch seine Ausführungen die Sozialdemokraten bedroht fühlen können. Die Sozialdemokraten haben sich aber wirklich nicht bedroht gefühlt, und das Ganze war nur ein Vorwand, um einen Anarchisten einsperren zu können. In Königsberg wurde ein Sozialdemokrat zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt, weil die Herrenauswärtler sich durch ein Flugblatt bedroht fühlten. Damals erklärten auch zahlreiche Richter, daß es Unfug sei, die Junterwarter als Bevölkerungsklasse anzusehen. Dem praktischen Leben schlugen derartige Verurteilungen ins Gesicht, weil der § 130, wie jeder politische Paragraph, mit der Zeit dazu führt, daß an Stelle des Richters der politische Parteimann dasteht. Wenn etwas gequält ist, die Klaffen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufzureizen, dann sind es solche Urteile, wie sie vor allem gegen Sozialdemokraten vielfach ergangen. Herr Porzig hat neulich den Richtern zugemutet, mit Rücksicht auf eine möglicherweise kommende Revolution den § 130 gegen Sozialdemokraten scharf anzuwenden. Das ist eine unerhörte Beleidigung der Richter. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In den Zeiten des Kulturkampfes hat sich auch das Zentrum gegen diesen Paragraphen aufgelehnt. Heute gehört es freilich, wenigstens vorübergehend, nicht zu den vorzeitigen Parteien. In dem Prozeß gegen den sozialdemokratischen Schriftsteller Freytag beantragte der Staatsanwalt auf Grund dieses Paragraphen 1 Jahr Gefängnis, weil es in der Broschüre hieß: „Auf die Schanzen!“ Der Angeklagte fragte das Gericht, welche Schanzen denn gemeint sein könnten, er könne doch nicht dazu aufgefordert haben, das Abgeordnetenhaus durch die Leipzigertrüge zu stürmen. (Heiterkeit.) Das Gericht sah denn auch ein, daß diese Aufforderung nicht wirklich genommen werden könne, und sprach ihn frei. Bei der Beratung des § 130 wurde feinerzeit ausdrücklich betont, daß die „Anreizung zu Gewalttätigkeiten“ die Bedeutung habe, daß eine Gewalttätigkeit bereits eingetreten sein müßte, wenn Verurteilungen erfolgen sollen. Jetzt genügt es aber dem Gericht, wenn Tatsachen festgestellt werden, die darauf hindeuten, daß in irgendwelcher Zukunft mal die Junter Gewalt anwenden könnten, wenn ihnen auf irgendeinem Wege ihre Vorrede genommen werden sollen. Wir verlangen völlige Beseitigung des § 130 und eine Reform der Straftatigkeit an Haupt und Gliedern. Erjas der Richter durch aus allen Kreisen der Bevölkerung gewählte Richter. Dann werden solche, dem Empfinden des Volkes ins Gesicht schlagende Urteile nicht mehr möglich sein. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dove (Freif. Vg.): Der § 130 ist in der Tat eine clause generalis wie der grobe Unugsparagraph geworden. Als einmal ein Redakteur in falscher Entzifferung eines Telegramms in die Zeitung setzen ließ „vom Auswärtigen Amt ist Herr v. Bülow hier verstorben“, wurde er auf Veranlassung der Familie Bülow auf Grund des groben Unugsparagraphen angeklagt. Das Gericht aber wollte die Familie Bülow nicht als „Bevölkerungsklasse“ ansehen (große Heiterkeit), sondern fragte erst bei verschiedenen Polizeidirektionen an, ob dort Bevornbülowen weiter Kreise infolge dieser falschen Telegramms hantgefunden hätten. (Stürmische Heiterkeit.) Der Redakteur wurde dann freigesprochen. Der § 130 ist ein eben solcher Kaufmännischer Paragraph wie der grobe Unugsparagraph. Am besten wäre seine Beseitigung. Jedenfalls werden wir für den Antrag der Polen stimmen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Bachem (Zr.): Es ist nicht leicht, die von polnischer Seite zur Besprechung gebrachten Gerichtsurteile zu prüfen. Das eine kann man aber sagen: In dieser Rechtsprechung ist etwas nicht in Ordnung! (Beifall links und im Zentrum.) Unsere Ostmarkenpolitik muß umkehren, möge die Justiz beginnen! Wir wollen der Resolution eine allgemeinere Fassung geben und beantragen deshalb, die Worte „seitens des Reichsgerichts“ in der Resolution zu streichen.

Die Abg. Jessen (Däne) und Bruhn (Antij.) sprechen im Sinne des Abg. Dr. Bachem.

Abg. v. Chrzanowski (Pole) erklärt sich mit der Streichung der Worte „seitens des Reichsgerichts“ einverstanden.

Die Resolution wird mit dieser Fänderung angenommen gegen die Stimmen der beiden konserverativen Parteien und der Nationalliberalen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Nachtragschaft.)

Schluß 5 1/2 Uhr. —

## Soziales.

### Polizei und Konsumvereine.

Die „Monatsblätter“ des Lagerhalterverbandes veröffentlichten folgenden Polizei-Urteil:

Polizeiverwaltung der Stadt Gardelegen, den 26. Febr. 1906. Journ. Nr. 3. 609.

Es ist Anzeige darüber erstattet, daß der im Konsumverein angestellte Lagerhalter Dalladas der Sozialdemokratie angehört. Es liegt nicht im Interesse des Konsumvereins und es schädigt sogar das Ansehen desselben, wenn ein Mitglied dieser Partei als Lagerhalter oder in sonstiger Stellung beschäftigt wird.

Dem Vorstand wie dem Aufsichtsrat raten wir deshalb dringend, für die Entlassung des Dalladas baldmöglichst Sorge zu tragen und weiter dafür zu sorgen, daß Anhänger der Sozialdemokratie von jeder Anstellung ausgeschlossen bleiben, da andernfalls der Austritt aller im Staatsdienst usw. beschäftigten Mitglieder veranlaßt werden wird.

Ueber das Geschehene erjuden wir uns binnen zwei Wochen Mitteilung zu machen.

Breitung.

den Vorstand und Aufsichtsrat des Konsumvereins, zu Händen des Stärkenstr. Dautert hier.

Der Konsumverein Gardelegen gehört der „braven“ Richtung an (Dr. Orüger). Der Leiter des Vereins soll sich darüber geärgert haben, daß durch Aufdeckung eines bestimmten Falles seine Geschäftsführung in ein höchst sonderbares Licht gerückt wurde. Deswegen erfolgte die Demunziation Dalladas als eines Sozialdemokraten, und die Polizeiverwaltung der Stadt Gardelegen hat ungläubigerweise nichts Eiligeres zu tun, als dieser Demunziation Folge zu leisten. Mit der bezaubernden Harmlosigkeit einer höheren Tochter mischt sich die Polizei in Dinge, die sie gar nichts angeht und droht zugleich, den Austritt aller im Staatsdienst usw. beschäftigten Mitglieder „veranlassen“ zu wollen. Aber in der Altmark geht es wie in Oberschlesien, da „macht man das einfach so!“ —

### Sozialpolitik des Berliner Gemeindefreiwins.

Merkwürdige Besäuerden gegen das Berliner Kaufmannsgericht wurden von einem Vertreter des Vereins deutscher Kaufleute in einer freimüthigen Berliner Versammlung vorgebracht. Der Hauptgrund für Schaffung der Kaufmannsgerichte sei das Verlangen nach einer beschleunigten Rechtssprechung. Während man früher über Verschleppung klagte, werau zu 24 vor dem Amtsgericht sechs bis acht Wochen dauerte, jezt ist das Kaufmannsgericht Tern:ne auf drei Monate später an. Während andre Städte wie stöln, Magdeburg, Stettin usw. im Anschluß an die Kaufmannsgerichte Rechtsauskunfts- und Rechtshilfsstellen geschaffen haben, wo Klagen aufgesetzt und Ratichläge erteilt werden, habe Berlin sich bisher aus Sparsamkeitsrücksichten dazu nicht aufschwingen können. Die Kaffsuchenden werden von den Beamten einfach nach dem Bureau des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gewiesen. (!) So fördere die freimüthige Berliner Stadtverwaltung, lediglich um ein paar Mark zu sparen, den Antifemismus. —

### Gewerkschaftsbewegung.

Die Schneider Essens sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben bei den meisten Firmen bereits die Kündigung eingereicht. —

Die Leipziger Expeditionen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 13stündige Arbeitszeit mit 2 Stunden Mittagspause, Mindestlöhne und Bezahlung der Ueberstunden. —

3500 Bergleute ausständig. Wegen Nichtbewilligung geforderter Lohnerhöhungen besaß eine Versammlung von Bergleuten der Salzeischen Kohlen- und Holzwerke Aktiengesellschaft in den Ausstand einzutreten. Die Gesellschaft beschäftigt 3500 Mann. —

Die Buchbinder- und Arbeiterinnen bei Behagen u. Masling in Bielefeld haben die Arbeit eingestellt. —

Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter Lembergs streiken. Gestern konnte keine Zeitung erscheinen. —

ss. Streikbrecherstrich in Sachsen. Gegen eine Frau S. aus Marktstädt hatte das dortige Schöffengericht wegen angeblicher Beleidigung zweier Arbeitswilligen auf 5 Tage Gefängnis erkannt. Ihren beiden Entlastungszeugen, die die damaligen Äußerungen der Frau S. mit gehört hatten und in der Verhandlung dieselben Aussagen bekräftigten, wie die Angeklagte, erhielten man aber eine Anklage wegen Begünstigung (§ 257). Das Gericht sprach die beiden Frauen frei. In der Tat, wenn einmal ein Bericht das Verlangen der Leipziger Staatsanwaltschaft durch Richterpraxis ignitorieren sollte, dann ade! Zeugenübernehmung in Streitprozessen! Jeder Entlastungszeuge ließe dann Gefahr, wegen Begünstigung angeklagt und verurteilt zu werden! —

Unternehmerstrich durch die Regierung. Die Mühlhänger Stadtverordneten — zur Mehrzahl Sozialdemokraten — beschloffen befallig vor einiger Zeit, streikende und ausgesperrte Textilarbeiter in städtische Dienste zu nehmen. Wie vorauszusehen war, hat der Bezirkspräsident diesen Beschluß beanstandet. Wie kann man auch zugeben, daß eine Kommunalvertretung ausständigen Arbeitern anders gegenübersteht wie die Polizei und die Unternehmer? Wenn die Mühlhänger Stadtverordneten beschloffen hätten, die Unternehmer zu unterstützen, ob dann der Beschluß auch beanstandet worden wäre? —

Ein interessanter Vereinsprozeß beschäftigte das Kammergericht. Der Zweigverein Belbert des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der eine große Zahl Mitglieder umfaßt, war im vorigen Jahre bei dem Metallarbeiterstreik stark beteiligt. Da mehrmals auf Grund des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes polizeilicherseits ein Mitgliederverzeichnis eingefordert worden war und man Grund zu der Annahme zu haben glaubte, daß die



Zurückhalten von der Polizei die Mitglieder erfahrung warben, so beschließen, abgesehen von noch andern Gründen, damals das Fortbestehen des selbstständigen Zweigvereins nicht wünschenswert. Er wurde in aller Form auf gelöst und der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes, Sig Stüttgen, führte vom Juni ab die zahlreichen Mitglieder in Welbert wieder, wie vor Gründung der Verwaltungsjahre Welbert, als Einzelmitglieder des Verbandes, was durchaus statutenmäßig war. Der bisherige besoldete Geschäftsführer des Zweigvereins, Stöbel, wurde nunmehr zur Führung der Geschäfte des Verbandes unter den Einzelmitgliedern in Welbert zum Zentralvorstand in Stuttgart zu seinem, des Zentralvorstands, Bevollmächtigten ernannt. Er erhielt sein Gehalt jetzt vom Zentralvorstand. Seine Aufgabe war es, die Beiträge von den Einzelmitgliedern einzuziehen, eventuelle Unterstellungen auszuführen usw. Provisorisch revidiert wurde er von einer Revisionskommission, die von den Einzelmitgliedern alle drei Monate in öffentlicher Metallarbeiter-Verammlung zu wählen war. Die endgültige Kontrolle über der Stuttgarter Zentralvorstand, der auch wiederholt Beanstandungen vornahm. Früher waren alle 14 Tage regelmäßig Zahlstreckenverhandlungen, jetzt gab es nur dann und wann eine öffentliche Verammlung. Auch veranfalteten die Einzelmitglieder mal ein Vergnügen.

Trotz der Auflösung des Zweigvereins nahm die Polizei immer noch das Vorhandensein eines Lokalvereins von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes in Welbert an, und sie kemperte Stöbel zum Vorsteher dieses imaginären Vereins. Er wurde im August, also schon geraume Zeit nach der Auflösung des Zweigvereins, aufgefordert, der Ortspolizeiverwaltung ein Mitgliederverzeichnis des „Vereins“ einzureichen. Da er dem nicht nachkam, so erhielt er eine Anklage wegen Uebertretung des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes.

Die Strafammer zu Elberfeld als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten frei. Begründend wurde unter anderm angeführt: Der Metallarbeiterverband, Sig Stüttgen, habe statutenmäßig neben Zahlstellen auch Einzelmitglieder. Selbstverständlich sei es auch Sache der Einzelmitglieder, das Verbandsinteresse zu wahren. Nach dem Ergebnis der Beweisführung (wie es im oben mitgeteilten Urtheil enthalten ist) müsse angenommen werden, daß durch die Auflösung die bisherige Organisation völlig geändert worden sei, daß für die Annahme, in Welbert bestesse trotzdem noch ein Verein von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes, kein Raum mehr bleibe. Damit erledige sich alles andre.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob dies Urteil wieder auf und verwies die Sache noch einmal an die Strafkammer zurück. Es war der Meinung, daß das Landgericht die Frage der Abhängigkeit vom Zentralvorstand in Stuttgart zu sehr in den Vordergrund gehoben und zuwenig berücksichtigt hätte, und nicht die Einzelmitglieder in Welbert unter Leitung Stöbels trotz alledem ein selbstständiges Vereinsleben weiter geführt hätten. Es wäre zu prüfen, ob die Welberter Einzelmitglieder des Metallarbeiterverbandes sich in Welbert für eine gewisse Dauer vereinigt hätten, um unter fortwährender Leitung des Angeklagten auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Deshalb die Zurückverweisung in die Vorinstanz.

**ac. Die englische Regierung und die Gewerkschaften.** Obgleich auch in England in den letzten Jahren den Gewerkschaften einige Schwierigkeiten bereitet wurden, sind die englische Regierung und die Behörden doch noch weit entfernt von jener Engherzigkeit, welche die deutsche Bureaucratie gegenüber allem, was mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt, an den Tag legt. Seit Jahren schon wendet sich das Arbeitsamt an die Gewerkschaften, um Auskunft zu erhalten über den Stand der Arbeitslosigkeit und des Arbeitsmarktes. Das jetzige Home Office (Reichsamt des Innern) sucht die Verbindung mit den Gewerkschaften noch enger zu ziehen. Es hat den Trades Union Committee der Trade Unions die Mitteilung zugesandt, daß es in Zukunft vor dem Erlass von Verordnungen, die sich auf die Produktion in gewerblichen Betrieben (gefährliche Betriebe, Unfallgefahr usw.) beziehen, sich durch Vermittlung des parlamentarischen Komitees an die daran interessierten Berufsvereinigungen zur Einholung von Ratsschlägen wenden werde.

**Provinz und Umgegend.**

**Polizeiblagagen.**

Seit Jahren schon lebt der freisinnige Stadtverordnete Herrmann Stöter, Redakteur des „General-Anzeigers für Osnabrück“ mit einem Teil der Polizei in Osnabrück in Feindschaft. Stöter ist wiederholt in scharfer Weise gegen Mißstände bei der Polizei aufgetreten. Schon vor Jahren haben deswegen Gerichtsverfahren stattgefunden, die seinerzeit großes Aufsehen erregten. Am Mittwoch hand Redakteur Stöter wieder einmal vor dem Schöffengericht in Osnabrück. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn Anklage erhoben wegen wiederholter Beleidigung der Polizeibeamten Wiedenbach, Lange und Franke, von denen der Angeklagte gesagt hat, sie seien gemeingefährliche Leute und gehörten ins Zuchthaus.

Es waren nicht weniger als 37 Zeugen, darunter 31 Entlastungszeugen, geladen. Als Verteidiger steht dem Angeklagten Rechtsanwalt Pulvermann-Halberstadt zur Seite.

Der Angeklagte gibt zu, gesagt zu haben, daß Leute, die ihn worden wollten, ins Zuchthaus und nicht in häßlichen Dienst gehörten. Er will den Wahrheitsbeweis antreten.

Polizeibeamter Wiedenbach, der als Nebenkläger auftritt, hat die Äußerung vom Hörensagen. Er beantragt Verurteilung der Verhandlung unter der Begründung, die Akten wären in Händen des Rechtsanwalts Weber gewesen, was unzulässig ist. Er vertritt, die Akten könnten dabei gefälscht sein und verlangt, daß der Staatsanwalt die Sache übergeben werde. Der Gerichtshof lehnte die Verurteilung ab, da eine Verurteilung dazu keinen Anlaß gebe.

Nachpolizeibeamter Müller bezeugt, daß der Angeklagte Stöter die bewußte Äußerung auf einer Eisenbahnfahrt vor Halberstadt nach Osnabrück getan habe. Er habe sich zu geäußert, weil Wiedenbach in einer Wirtschaft erzählt habe, Franke wolle ihn „wegknippen“.

Kaufmann Steinebeinde bekämpft diese Aussage. Polizeibeamter Franke bezeugt, gesagt zu haben, er wolle Herrn Stöter wegnippen. Kaufmann Jahn habe ihn vor einem Herrn veranlassen wollen, seinen Klagenantrag gegen Herrn Stöter zurückzuziehen. Er (Jahn) habe Einsicht in die Akten nehmen können und könne nur sagen, die Sache könne für Franke schimmeln werden.

Polizeibeamter Lange hat Klagenantrag gestellt, weil er erfahren hat, daß ihn Stöter beleidigt hat. Sonst hat er mit Stöter nichts gehabt.

Frau Restaurateur K. hat bezeugt, daß in ihrem Restaurant Polizeibeamter Wiedenbach gesagt habe, Polizeibeamter Franke wolle Stöter niedererschlagen, wenn es einmal passe.

Der Angeklagte erklärt, daß er in einer öffentlichen Stadterkundung gesagt habe, er müsse sich einen Revolver leisten, um sich vor den Schupplentzen schützen zu können.

Dem Zeugen Jahn hat seine Schwägerin, die Frau Sigel, sofort im höchsten Maß die Äußerung Wiedenbachs widerlegt. Der Zeuge erklärt, er wisse, daß er zu dem Polizeibeamten Franke gesagt habe, um Klagenantrag zu vermeiden, solle er den Klagenantrag zurückziehen. In die Gerichtskammer hat er seine Einsicht

gehabt, sondern nur eine Eingabe des Angeklagten gelesen. Die Frage des Nichtantrags, ob ihn Stöter beleidigt habe, auf Franke einzuwirken, den Klagenantrag zurückzuziehen, verneint der Zeuge. Polizeibeamter Wiedenbach hat einmal bei dem Zeugen Recherchen angestellt über Gasfotokameras, bei denen sich der Angeklagte, der als Stadterordnete Mitglied des Gasfotokameras ist, widerrechtlich bereichert haben soll. Als Zeuge Auskunft nicht geben wollte und verlangte, ordnungsgemäß vorgeladen zu werden, habe Polizeibeamter Wiedenbach gesagt, daß seine Beleidigung sei; wenn er seine Aussage verweigere, mache er sich

**mittlschuldig an den Beleidigungen.**

Die Beweisaufnahme soll sich darauf erstrecken, ob die drei Polizeibeamten gemeingefährlich sind. Vert. A. Pulvermann: Ob ein Polizeibeamter gemeingefährlich ist, muß von andern Gesichtspunkten beurteilt werden, als bei andern Leuten. Ein Polizeibeamter ist schon gemeingefährlich, wenn er nur die geringste Gesetzesverletzung begeht.

Junge Polizeikommissar Brieum bekundet, daß Polizeibeamter Franke unter unrichtigen Umständen um Urlaub bei ihm eingekommen sei. Er sei deswegen disziplinarisch bestraft worden. Zeuge bekundet weiter, daß er die Frau Restaurateurin Kessel in dieser Sache polizeilich vernommen hat. Nach ihrem Fortgang sei sie von dem Polizeibeamten Wiedenbach angehalten und gefragt worden, ob sie auch die reine Wahrheit bekundet habe. Die Zeugin habe darauf gesagt, daß sie doch selbstverständlich, worauf Wiedenbach gesagt habe, er werde aber Gegenzeugen bringen. Frau Kessel habe sich darüber bei dem Zeugen beschwert.

Junge Restaurateur Benede bekundet, daß er bei seiner polizeilichen Vernehmung nicht die Wahrheit gesagt habe, weil er den Polizeibeamten Franke nicht habe belästigen wollen. Dieser sei eines Tages in seine, des Zeugen, Wirtschaft gekommen, als Zeuge gerade Karten gespielt habe. Als er einen Moment geschäftlich vom Spiel abgehalten worden sei, habe Polizeibeamter Franke vom Spielsteller des Zeugen 1 Mark heruntergenommen und seiner Frau gegeben, die davon keine Probe abgeben sollte.

Polizeibeamter Franke stellt die Sache als Scherz dar, während Frau Restaurateur Benede die Schilderung ihres Mannes bestätigt. Franke erklärt darauf, daß die Staatsanwaltschaft die Sache unterjucht, aber keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden hätte.

Zeuge Schneidermeister Bösel, der als Gast in der Wirtschaft war, hat die Sache ursprünglich als Scherz aufgefaßt, ist aber zu anderer Meinung gekommen, als der Polizeibeamter fest behauptet habe, es sei kein Scherz gewesen.

Zeuge Kähler Thälde hat den Vorfall auch nicht als Ausinn, sondern höchst ernsthaft aufgefaßt.

Aus Gerichtsakten wird festgestellt, daß die Erhebung einer Anklage wegen Weinedels gegen den Polizeibeamten Feldhüter Franke abgelehnt worden ist, weil zwar Franke objektiv die Unwahrheit gesagt habe, aber nicht Fahrlässigkeit vorläge und auch nicht wider besseres Wissen von ihm ausgesagt worden sei.

Zeuge Feldhüter Schulze sagt aus, daß Franke auf dem Wachebureau gelagt habe, wenn er wolle, könne er sogar Amtsrichter reinreißen. Der Amtsrichter in Osnabrück habe ihm infällig vor ihm gelegen und zu ihm gesagt: „Aber, Herr Franke, Sie sind doch auch Beamter; Sie werden mich doch nicht etwa reinreißen wollen?“

Nachwachsbearbeiter Montag bestätigt, daß Franke diese Äußerung tat.

Wirt Walhoff: In meinem Lokal habe ich einmal gesehen, wie der Polizeibeamter Krerl, der sich unbenommen glaubte, verjante einen kühnen Griff

in eine Zigarrenkiste zu machen. In Begleitung Ketsls war der Beamte Lange, die beide, obgleich sie Dienst zu machen hatten, von diesem Dienst fern blieben

Von Beweisführung wird Abstand genommen darüber, ob der Polizeibeamter Lange auf ein Klotz in einer Wirtschaft

**Zuckerpulver gestreut**

hat, um die weiblichen Benutzer des Projekts geschlechtlich zu erregen. () Auf den Vorwurf, ohne jede Ursache dreimal auf den Arbeiter Schwalla geschossen zu haben, verweigert der Beamte seine Aussage. Dieselbe, ob er mit Beleidigungen aus Damensneisen, die seiner Kontrolle unterstellt waren, nach Schluß der Damensneisen noch geknisset hat und von dem Restnerinnen die Zede hat zugehen lassen, kann sich der Polizeibeamte nicht mehr erinnern. Er meint aber, daß es wohl keinen Beamten gebe, der nicht einmal von Gärten Bier für sich bezahlen lasse. Daß er, als er schon Polizeibeamter war, einem befreundeten Wäcker beim Baden geholfen habe, gibt er zu. Es sei aber außerhalb der Dienststunden gewesen.

Junge Restaurateur Schrader sagt aus, daß Polizeibeamter Wiedenbach sich einmal angeboten habe, zu bezeugen, daß öffentlich Feierabend geboten worden sei. Er habe das vor dem Schöffengericht auch bezeugen. Dabei habe er später vor dem Landgericht das Gegenteil ausgesagt. Zu Schrader hat später Wiedenbach gesagt: „Du Lump, Du Vagabund, Dich Krüppel müßte man totschießen!“ Nachdem haben beide zusammen ein paar Gläser Cognac getrunken.

Der Zeuge Henning leistet sich der Polizeibeamter Wiedenbach die Bemerkung: „Bei Sozialdemokraten brauche man nur einmal ein verkehrtes Wort zu sagen; sofort gingen sie dagegen vor.“

Der Zeugin Frau Schwarz in Halberstadt hat der Polizeibeamter Wiedenbach unwahrheitsgemäß, als er mit der Absicht an sie herantrat, sie auszusagen und zu beeinträchtigen, gesagt, daß er jetzt in Halberstadt angeheilt sei.

Polizeibeamter Röber bekundet, daß, während seinerzeit der Kommissar Hänsch zur Disposition gestellt gewesen sei, vom Bürgermeister Becker durch Vermittlung des Polizeikommissars Brieum dem Polizeibeamten nahegelegt worden sei, mit Hänsch keinen Verkehr zu pflegen. Trotzdem soll Wiedenbach im Hause von Hänsch gesehen worden sein.

Unter allgemeinem Gelächter verlangt Wiedenbach, den Zeugen zu fragen, ob Zeuge auch mit Stadterordneten Stöter verkehrt habe, denn wenn der Verkehr mit Hänsch unterjagt gewesen sei, hätte auch niemand zu Stöter gehen dürfen. (Hänsch war zur Disposition gestellt auf Zeichnen Stöters.)

Die Frau des Polizeibeamten Röber bekundet, daß Wiedenbach wiederholt bei dem Kommissar gewesen sei.

Nach einer weiteren Aussage des Polizeibeamten Röber hat Wiedenbach eine

**falsche Guttragung ins Protokollbuch**

gemacht, indem er protokollierte, verschiedene Straßen abpatrouilliert zu haben, während er sich bei dem Kommissar Hänsch aufgehaut hat.

Weinend sagt die Frau des Polizeibeamten Röber, sie und ihr Mann seien zu getreten worden, daß sie sich das Leben habe nehmen wollen. Wiedenbach habe sie fortwährend gepeinigt, bis sie endlich gänzlich mit ihm gebrochen habe. Wiedenbach habe mit Gewalt die Unterstützung Röbers haben wollen, um dem Kommissar Hänsch zu helfen.

Bürgermeister Becker bekämpft, daß er angeordnet habe, die Polizeibeamten dürfen nicht zu Hänsch gehen, während gegen diesen die Disziplinaruntersuchung schwere.

Der Angeklagte behauptet ferner, Wiedenbach habe vor etwa 2 Jahren, um dem Kommissar Hänsch rein zu machen, nach Zeugen gesucht. In dem Prozeß gegen Stöter, der seinerzeit vor dem Landgericht Halberstadt anstand, sei bewiesen worden, daß der Polizeikommissar Hänsch

**Polizeibeamter 24 Stunden ohne Wasser und Brot**

habe sitzen lassen. Als jedoch Stöter die Regierung gegen Hänsch habe vorgehen wollen, habe dieser die Datsche betritten und ausgesagt, daß nicht bei ihm Gefangene 24 Stunden gefangen und gebürtel hätten, sondern in dem andern Polizeirevier, welches der Magistratsdirektor und Schatzmeister Herrmann zu verwalten hatte. Wiedenbach habe dies Gerücht verbreitet und dafür Zeugen gesucht. Magistrate Herrmann hat er infolge dessen, daß er Gefangene habe sitzen lassen und dürfen lassen. In dem Prozeß nach Zeugen hat

Polizeibeamter Wiedenbach keinen Auftrag gehabt. Ihm ist deswegen vom Bürgermeister eine Strafe erteilt worden.

Durch Verlesung von Gerichtsakten wird festgestellt, daß der Polizeibeamter Franke als Feldhüter eine geringe Menge Erbsen sich angeeignet hat, deshalb vom Schöffengericht wegen Diebstahls zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt, aber vom Berufungsgericht freigesprochen worden ist. Dem Zeugen Kaufmann W. d. d. d. b. d. c. d. Wiedenbach vorgeworfen, daß er sein Amt als Urmessler mißbraucht hätte um persönlicher Vorteile willen. Um das zu beweisen, habe W. d. d. d. b. d. c. d. Wiedenbach ohne Auftrag ange stellt. Auf seine (Wiedenbachs) Beschwerde hin, sei W. d. d. d. b. d. c. d. Wiedenbach geladen worden und habe nachher Absicht gelehrt, wobei ihm auf den Kopf zu gesagt worden sei, daß er lediglich einen Machaekt begangen habe.

Wiedenbach bekennt, „bei einem solchen Streich“ Abbitte geleistet zu haben.

Junge Bürgermeister Becker hat W auf das energisch zu unterjagt, ohne Auftrag irgendwelche Recherchen zu unternehmen.

Mehrere Zeugen bekünden, daß W. versucht habe, sie zu falschen Aussagen zu verleiten. Seine eigene Frau hat er zu solchen Sachen veranlaßt. Den Angeklagten Stöter hat W. auch beschuldigt, sein Dienstmädchen, das von ihm schwanger gewesen sei, zur Abtreibung der Weibsbucht angestiftet zu haben.

Der Angeklagte bezeugt die Behauptung in ihrem vollen Umfang als unwahr. Eine Zeugin sagt in dieser Angelegenheit für W. ebenfalls sehr ungünstig aus. Bei Recherchen in dieser Sache, zu denen er gar nicht beauftragt war, habe sich der Polizeibeamte Wiedenbach bei den Eltern des Dienstmädchens in Schermde und anderen Leuten als Mann aus Wangleben eingeführt. Der Bürgermeister bezeichnet ein solches

**Vorgehen als durchaus unzulässig.**

Den Jungen Handelsmann Bismann soll W. zu beeinflussen versucht haben, die falsche Aussage zu machen. Polizeibeamter Röber habe gesagt: Den Vagabunden Franke wollen wir schon lassen.

W. hat über die Straße hinter dem Stadth. Stöter höhnt zu rufen: „Guten Tag, Herr Stöter! Wir werden Sie schon kriegen!“

Stöter hat sich deswegen beim Bürgermeister beschwert, worauf W. die Verurteilung erhielt. Auch in der Verhandlung stellt er sie unter seinem Eid in Abrede und behauptet, Herrn Stöter nur in höchst anständiger Weise geküßt zu haben.

Zeuge Redakteur Weber vom amtlichen „Kreisblatt“ wird über zwei Briefkastenvollzüge vernommen, die sich auf Stöter bezogen haben sollen. Er stellt die Behauptung in Abrede, die Notizen seien vom Kommissar Hänsch verfaßt, von W. abgeschrieben und dem Kreisblatt zugestellt worden. Die Notizen seien von der Redaktion geschrieben worden. Die Aufnahme eines von W. gebrachten „Eingeladnis“ über die Kollisionsfälle habe er abgelehnt, weil es ihm in der Form zu scharf gewesen sei.

Der Angeklagte Stöter stellt ferner die Behauptung auf, daß, während der Polizei ihm bis in sein intimes Familienleben nachspionierte, um ihn anzugehen zu können, sie strafbare Handlungen, die zu ihrer Kenntnis gekommen seien, nicht verfolgt habe.

Zeuge Handelsmann Knieriemann macht die Aussage, daß der Gastwirt Hennede, ein Freund des Kommissars Hänsch, einen Koppelbruch angeoffen

habe. Zeuge hat das auf der Wache gemeldet. Es ist aber nichts danach gekommen. Im Gegenteil W. sei zu ihm gekommen und habe gesagt, das sei ja gar nicht wahr!

Aus einem Brief des Polizeibeamten Wiedenbach an Egeln, der früher in Osnabrück angeliefert war, geht ebenfalls allerlei der Kommissar Hänsch und den Polizeibeamten Wiedenbach Belästendes hervor. U. a. wird in dem Brief behauptet, Kommissar Hänsch habe gesagt, die Polizeibeamten möchten die

**Stadtverordneten künftig kneten.**

sie müßten zittern vor den Schupplenten.

Damit wird die Beweisaufnahme geschlossen. Der Ansumwalt geht in längeren Ausführungen auf fast alle Einzelfälle ein. Die Beweisführung sei sehr scheinbar gewesen. Obwohl er das Vorhandensein mit derer Umstände nicht verkenne können, beantrage er doch bei den Urteilen, die der Angeklagte wegen Beleidigung gehabt habe, eine Geldstrafe von 500 Mark oder 50 Tage Gefängnis.

Verteidiger Rechtsanwalt Pulvermann plädiert für Freisprechung. Die Vorurteile könnten nicht anzurechnen werden, da der Angeklagte sie sich im Kampfe der politischen Parteien weggeholt habe. Er verurteilt mit äußerst scharfen Worten das Verhalten des Polizeibeamten Wiedenbach. Für die Anwesenheit gebe ein anderer als schuldig aus dem Prozeß hervor, selbst wenn der Angeklagte eine Strafe erhalte. Wiedenbach könne nur der Zustand vor dem Zuchthaus retten, daß man schwer werde feststellen können, ob er bei seinen jeweiligen Aussagen als Zeuge oder als Nebenkläger aufgetreten sei. Er beantragt, wenn nicht auf Freisprechung erkannt werde, eine möglichst geringe Strafe auszusprechen.

Nach halbblühender Beratung verurteilt der Gerichtshof, daß auf eine Geldstrafe von 100 Mark für zwei Beleidigungsfälle erkannt sei. Die Verhandlung sei durch den Wahrheitsbeweis etwas sehr ungediebt worden. Das Gericht habe sich aber nur mit dem Angeklagten zu beschäftigen. Seine Bemerkung sei nicht hypothetisch gewesen, sondern er habe die drei Schupplente ausdrücklich genannt. Daß sie beleidigend. In Wahrnehmung berechtigter Interessen habe der Angeklagte nicht gehandelt, weil keine solchen Interessen vorlägen, als er die beleidigenden Äußerungen tat. Auch der Wahrheitsbeweis für die Gemeingefährlichkeit der drei Polizeibeamten sei bei allem nicht erreicht. Zugut sei dem Angeklagten gehalten worden, daß er sich von dem Beamten verfolgt und schikaniert gelagert habe. Es habe dabei bei einer Strafe von 50 Mark für jeden Fall kein Verurtheil gefunden. Nach siebenstündiger Dauer wird die Sitzung geschlossen, die von Anfang bis zu Ende nichts war, als eine Anklage gegen einige Angehörige der Polizeiverwaltung in Osnabrück und deren Leuten, die dem preussischen Polizeigehalt wirklich alle Ehre machen. —

**Bennedekerbeck, 12. März.**

(Gemeindevertreterwahl) Am Sonntag den 17. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im Hoppeschen Saale die diesjährige Ergänzungswahl zur 3. Klasse der Gemeinderordneten statt. Es ist hier besonders hervorzuheben, daß sämtliche Arbeiter und Parteigenossen vollständig und pünktlich an der Wahl teilnehmen, gibt es doch hier den letzten bürgerlichen Vertreter zu entwerfen und die 3. Abtheilung ganz der Arbeiterkraft zu erobern. An dem guten Geiste der Bennedekerbecker Parteigenossen wird es liegen, und als eine Ehrenpflicht muß es betrachtet werden, daß der Genosse Mauer August Freil mit großer Majorität als Sieger aus der Wahl hervorgeht. — Als ans Wert! —

**Bensdorf, 14. März.**

(Gemeindevertreterwahl) Nochmals sei darauf hingewiesen, daß die Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Hofschreiberischen Gasthof stattfindet. Wollen die Arbeiter ihren Gemeindevorteilen genügend Geltung verschaffen: so ist es notwendig, daß jeder pünktlich zur festgesetzten Zeit erscheint und für seinen Kandidaten, Schlosser W. Dieg, seine Stimme abgibt. —

**Burg, 15. März.**

(Zur Lohnbewegung der Schneider) Wie uns von der Lokalkommission der Schneider mitgeteilt wird, hat auch Herr Mele bewilligt. Öffentlich bekennen sich die beiden anderen Meister Rade und Berger noch und bewilligen ebenfalls die geringe Forderung. Weshalb sich die Herren jetzt noch weigern, nachdem alle andern Meister bewilligt haben, ist unbegreiflich und nur Mangelhaftigkeit kann sie zur Ablehnung der Forderungen der Schneider bewegen und zur Einnahme dieses Sonderstandpunktes veranlassen haben. Namentlich sollte doch letzterer nicht vergessen, mit wem er am meisten zu tun hat. —

**Burg, 16. März.**

(Eine Belohnung) für seine langjährige Tüchtigkeit und gute Führung hat der am höchsten Postamt angestellte Oberbriefträger Niesow anlässlich der Silberhochzeit des Kaiserpaars erhalten. Ihm wurde nämlich durch den Fabrikbesitzer Burgdorf ein Bild der Kaiserfamilie überreicht. —



**Halberstadt, 14. März.** (Aus dem Stadtparlament. Fortsetzung.) Stadtdirektor Lindemann unterbreitet der Versammlung den Etat der Gasanstalt und des Wasserwerks. Eingangs bringt er fern die Aufbesserung der Gehälter für die Meister auf dem Gas- und Wasserwerk zur Sprache. Vorgesehen sei, das Gehalt um 350 Mark zu erhöhen, und zwar dadurch, daß die Alterszulagen bessere werden. Stadtdirektor Lindemann sagt, es sei nicht angängig, nur einer Anzahl von Beamten das Gehalt zu erhöhen, ohne an die übrigen Beamten zu denken. Er beantrage, diese Angelegenheit so lange zurückzustellen, bis im allgemeinen die Gehaltsfrage geregelt würde. Lindemann erklärt nunmehr die einzelnen Positionen und hebt n. a. hervor, daß die Einnahme des Gaswerks in diesem Jahre 13700 Mark höher sei als im Vorjahr. Stadtdirektor Lindemann fragt an, wie das Verhältnis der Höhe zum Materialverbrauch stehe. Es sei das aus dem Etat nicht ersichtlich. Direktor Zint: Dieser Posten ist schätzwertig angegeben. Stadtdirektor Lindemann: Die Kosten einzeln anzuführen. Lindemann: Ich halte die Aufstellung für nicht richtig; es fehlt jede Klarheit darin. Zint: Mit der Vergrößerung des Wertes müssen die einzelnen Posten immer mehr zusammengeklumpt werden. Soll es aber anders gemacht werden, so bin ich gern bereit, Anregungen zu folgen. Dr. Gerlach: Im Etat lassen sich Einzelheiten nicht anführen, aber es kann ihm künftig eine genauere Uebersicht beigegeben werden. Lindemann: Neu eingeführt sind 70 Mark, die für die neugegründete Unterabteilung der Arbeiter verwandt werden. Die Betriebsarbeitslöhne und Gratifikationen für Arbeiter sind mit 18 000 Mark eingesezt. Gerlach: Ich vermissen bei Angabe der Löhne die Zahl der Arbeiter und die Zahl der Arbeitsstunden. Die Summe von 18 000 Mark für Arbeitslöhne sei bei der in Betracht kommenden Zahl der Arbeiter außerordentlich niedrig. Die Gasanstalt hat nach einer Abschreibung von 45 000 Mark noch immer einen Ueberschuß von annähernd 115 000 Mark. Dagegen stehen die Löhne der Arbeiter in gar keinem Verhältnis. Herr Direktor Zint hat mit den hohen Löhnen, die „feine“ Arbeiter verdienen, arg remontriert. Die Tabelle an der Wand soll die Steigerung der Löhne beweisen. Auf dieser Tabelle sind wohl die Jahresverdienste angegeben, aber nicht die geltenden Arbeitsstunden. Diese Löhne sind mir erreicht worden durch lange Arbeitszeit, Akkordlohn, Ueberstunden und Prämienzahlung. Die Stundenlöhne betragen 25 bzw. 30 Pfg., die Arbeitszeit 12 Stunden. In der Woche werden 7 Schichten ohne die 24-Stunden-Schicht gemacht. Es ist geradezu drollig, wie der Herr Direktor auf seiner Tabelle die Löhne angibt; deswegen will ich Gelegenheit nehmen, zu zeigen, auf welche Art die sogenannten hohen Löhne erzielt werden. Wie steht gutes Material zur Verfügung; sollte es nicht richtig sein, so mag der Direktor antworten. Ich habe hier zunächst einen Lohnzettel für 10 Tage Arbeitszeit, daraus ist ersichtlich, daß dieser Arbeiter 21 Stunden gearbeitet hat. Die Stunde ist mit 25 Pfg. berechnet, macht 30,25 Mark. Dann kommt noch hinzu ein Ueberzuschuß vom Kohlenkarren 18 Pfg. und für Ubladen von Kohlen in Akkord 4 Pfg., macht zusammen 34,43 Mark. Hiervon gehen die Versicherungsbeiträge ab, so daß diesem Arbeiter für seine hohen Arbeitsleistungen ein Verdienst von 35,11 Mark verbleibt. Die Dienarbeit erhalten bei 12stündiger Arbeitszeit und 7 Schichten pro Woche 21 Mark, Vorarbeiter bei gleicher Arbeitszeit 23,10 Mark, Erdarbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit und 6 Schichten pro Woche 15 Mark. Maurer erhalten nach 15jähriger Dienstzeit pro Tag 3,50 Mark, jüngere Maurer nach 3jähriger Dienstzeit 3,20 Mark. Der Anfangslohn der Schmiede beträgt pro Tag 2,50—3,25 Mark, der der Betriebschloffer 2,90—3,50 Mark, Kesselheizer 2,80—3 Mark, Maschinenisten 3,20—3,50 Mark, der Arbeiter in der Ammoniak-Siederei bei 12stündiger Arbeitszeit 2,60 Mark, Straßenarbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit 2,50—2,75 Mark, Schlosser 2,50—4 Mark, Schlossergehilfen 2,50 Mark. Die Ofenarbeiter, Kesselheizer, Maschinenisten und die Arbeiter, welche in der Siederei beschäftigt werden, haben in jeder Woche 7 Schichten und für jede dieser Schichten bekommen sie 2/3 deutsche Reichsmark. Das ist ein Trinkgeld, was man hier gibt, aber keine Entlohnung für solche schweren, ungesunden Arbeiten. Die Verhältnisse der Arbeiter müssen unter allen Umständen gebessert werden. Während ein Industriearbeiter im Jahre etwa 3000 Arbeitsstunden zu leisten hat, müssen die Gasarbeiter 4056 Stunden arbeiten. In vielen Städten ist mit Rücksicht auf die ungesunde Arbeit der Dienarbeit die 8- bzw. 9stündige Arbeitszeit eingeführt. Hier verlangt man 12 Stunden und außerdem noch eine 24stündige Wechselschicht. Dies ist eine unerhörte Zumutung. Wie kann man von einem Arbeiter verlangen, daß er ununterbrochen 12 oder 24 Stunden hintereinander solche gesundheits-schädliche Arbeit leisten soll? Die städtischen Betriebe, welche den Privatbetrieben mit gutem Beispiel vorangehen, und Musterbetriebe sein müßten, haben die längste Arbeitszeit und bezahlen die schlechtesten Löhne. Der Herr Direktor redet immer so viel von seiner Fürsorge für die Arbeiter; ich habe es bewiesen, wie fürsorglich dieser Mann ist. Mit seinem Prämien-system und Akkordarbeiten treibt er nur gewaltsam die Löhne hoch, auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter. Die Akkordarbeit wirkt schädigend auf die Arbeiter und auf das Werk. Hier führt Gerlach sehr gute Beispiele an. (Mufe: Es ist ja genug, es ist ja nicht so schlimm!) Gerlach: Ja, meine Herren, das wollen Sie nicht hören. Sie haben alle Ursache, bevor die Gehälter der Beamten erhöht werden, erst die Löhne der Arbeiter zu erhöhen. Als Sie vorhin über Aufbesserung der Beamtengehälter sprachen, haben wir auch zugehört; ich kann wohl verlangen, daß Sie auch mich anhören, wenn ich über die durchaus notwendige Lohnaufbesserung der Arbeiter rede. Ich könnte Ihnen noch so manches sagen über die eigenartigen Verhältnisse auf der Gasanstalt, will es aber für heute unterlassen, dies der Öffentlichkeit preiszugeben. Ich erwarte, daß sich nunmehr Herr Direktor Zint dazu bereit erklären wird, die Arbeitslöhne aufzubessern. Die Arbeiter müssen ihren richtigen Lohn bekommen, sie dürfen nicht von Gratifikationen, Prämien, Geschenken und „sonstigen“ abhängig sein. Sogar in Neuburg haben die Arbeiter bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit und bekommen im Sommer ihren achtstägigen Urlaub bei Weiterzahlung des Lohnes. Meine Herren, ich ersuche Sie, treten

Sie von heute ab mit dafür ein, daß bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse eingeführt werden. Die Arbeiter, die für uns schaffen, müssen auch ordentlich leben können, damit sie an Körper und Geist gesund bleiben. Ist es doch am meisten den Arbeitern zu danken, daß solche enormen Ueberschüsse erzielt werden. Sehen Sie also einige tausend Mark im Etat fest, die für Aufbesserung der Löhne verwandt werden können. Meine Anträge lauten: 1. Aufbesserung der Löhne um 10 bis 15 Proz. 2. Abschaffung der 24-Stunden-Schicht bei Einführung der 8-Stunden-Schicht. 3. Sommerurlaub für jeden Arbeiter, der länger als 6 Jahre auf der Gasanstalt beschäftigt ist. Sollten Sie sich heute über meine Anträge nicht schlüssig werden, so bitte ich, dieselben dem Verwaltungsrat zu übergeben, und hoffe, daß sie eine baldige Berücksichtigung erfahren. Vom Direktor Zint erwarte ich ganz bestimmt, daß er sich dagegen nicht auflehnt. Gasdirektor Zint: Meine Herren! Sie haben mir das Recht gegeben, die Löhne der Arbeiter zu regeln und mir damit eine schwere Pflicht auferlegt. Diese Pflicht habe ich nach bestem Wissen erfüllt und damit die Zufriedenheit meiner Arbeiter erworben. Daß sie zufrieden sind, das hat sich erst neulich bewiesen. Daß die Lohnverhältnisse keine schlechten und ständig besser geworden sind, das können Sie am besten aus der Tabelle erkennen, deren Aufstellung einwandfrei ist. Wenn Verlach hier Klage führt über die zwölfstündige Arbeitszeit, so kann ich erwidern, daß in diesen 12 Stunden nur 6 Stunden gearbeitet wird; die übrige Zeit wird durch Ruhe und Essenspausen hingenommen. Die 24-Stunden-Schicht besteht noch in den meisten Betrieben und bei uns schon seit 10 Jahren. Die Kostenprämien wurden von mir eingeführt ohne irgendwelche Anregung. Ich wollte dadurch den Arbeitern einen Mehrverdienst verschaffen. Die Arbeiter sind so gestellt, daß sie alle über 1000 bis 1100 Mark im Jahre kommen. (Zuruf von Verlach: Durch lange Arbeitszeit und Doppelschichten.) Die Betriebsarbeiter kommen immer gern wieder, weil sie sich wo anders nicht so gut finden. Der Grund zum Aufstehen ist ganz verschieden. Manchem paßt es nicht, sich schwarz zu machen oder ein Vad zu nehmen. Betriebsarbeiter machen keine Ueberstunden, ich sehe streng darauf, daß solche nicht gemacht werden. Aber was mußte ich erleben? Daß einige Arbeiter des Wends in Privatbetriebe gingen und dort arbeiteten. Der Stundenlohn von 25 Pfg., das erkenne ich an, ist niedrig. Aber viele Arbeiter tun kaum ihre Pflicht und deswegen halten wir daran fest. Die vielen Klagen, die Verlach vorbringt, sind schon dadurch überflüssig geworden, daß von dem Arbeiterausschuß solche gar nicht gemeldet sind. Daß Quechlinburg bessere Löhne zahlt, ist mir bekannt; aber dort haben die Arbeiter nicht solche Wohlstandsbedingungen wie bei uns. Dagegen haben die Quechlinburger Arbeiterwohnhäuser, die wir leider nicht haben. Für den Bau von Arbeiterwohnhäusern und für Sommerurlaub bin ich zu haben. Doch ist das auch so eine Sache, weil die Arbeiter oft gar nicht wissen, was sie während der Urlaubszeit machen sollen. (1 Red.) Stadtdirektor Lindemann: Ueber des Direktors Ausführungen bin ich erstammt. Ich glaube, er würde die niedrigen Löhne anerkennen, statt dessen findet er sie für genügend und auskömmlich. Wenn Herr Zint sagt, in der 12stündigen Schicht arbeiteten die Leute nur 6 Stunden, so sind diese Ausführungen wohl nicht ganz ernst zu nehmen, wenigstens ich nehme solche Ausführungen nicht ernst. Im übrigen haben seine Ausführungen wieder bewiesen, wie wenig er mit den Arbeitsverhältnissen vertraut ist. Ich bleibe dabei, daß auf der Gasanstalt die niedrigsten Stundenlöhne in ganz Halberstadt gezahlt werden. Zint: Man darf den Verdienst nicht nach den Akkordlöhnen und dem Stundenlohn betrachten, sondern nach dem Gesamtverdienst im Jahre. (Mufe: Schluch! Schluch!) Stadtdirektor Lindemann: Bei Arbeiterfragen werden wir mit Herrn Verlach nie übereinstimmen. Seine Ausführungen waren wohl mehr zum Zerknirschung hinaus gehalten, als in den Saal hinein. Stadtdirektor Gerlach: Ich protestiere gegen solche Ausführungen. Herr Lindemann, Sie haben kein Recht, dem Kollegen Gerlach solche Unterschiebungen zu machen. Das ist ja unethisch. Wählen Sie uns doch in Kommissionen oder in den Verwaltungsrat! Dann würden wir manches bessern helfen und hätten dann nicht nötig, solche langen Ausführungen zu machen. Die Verhältnisse auf der Gasanstalt sind schlecht und in hygienischer Beziehung derartig, daß ich als Arzt verlangen muß, daß Verbesserungen eintreten. Es ist beschämend für einen städtischen Betrieb, daß solche Verhältnisse bestehen. Direktor Zint ist mir nicht allein maßgebend; ich glaube jedem Arbeiter mindestens ebensoviel wie dem Direktor Zint. Seine große Fürsorge konnte er nicht besser charakterisieren, als indem er ausführte, daß seit 40 Jahren schon die 24-Stunden-Schicht bestehe. Daß die Leitung des Gaswerks rückständig ist, hat Direktor Zint am besten durch seine Ausführungen bewiesen. Welche namhaften Fortschritte sind denn während der langen Zeit in sozialer Beziehung gemacht worden? Wir haben hier mit dem Direktor gar nichts abzumachen, sondern verlangen von dem Magistrat, daß er hier halb Wandel schafft. Der allein ist dafür verantwortlich; er hat sich um das Wohl und Wehe der städtischen Arbeiter zu kümmern. Direktor Zint führt immer die Worte im Munde: „meine“ Arbeiter, und ich, ich sage dafür, das wider nachgerade an. Würde die achtstündige Schicht eingeführt, so wäre der Etat um etwa 8000 Mark mehr belastet, und das will bei einem Ueberschuß von ziemlich 115 000 Mark nicht viel sagen. Zint: Ich halte die achtstündige Arbeitszeit für durchführbar. Es liegt auch nicht an dem Geld, sondern daran, daß wir keinen Platz haben; es muß erst gebaut werden. Gerlach (persönlich): Dem Stadtverordneten Lindemann bemerke ich, daß ich mein Mandat nicht habe, um hier den Kopf auf die Hand zu stellen oder bei allem Ja und Amen zu sagen. Ich habe meine Ausführungen lediglich im Interesse der Arbeiter gemacht, die doch

auch Bürger sind, so gut wie Sie, andererseits aber auch im Interesse der Erhaltung der Gasanstalt. Damit schloß die Diskussion. Da die Beschlußfähigkeit festgestellt wurde, mußte der Etat zurückgestellt werden bis zur nächsten Sitzung. Alle übrigen Punkte wurden vertagt und die Sitzung abends 8 Uhr geschlossen. —

**Staffel, 18. März.** (Stadtverordneten-Sitzung.) Zunächst spricht Herr Direktor Fröhlich dem Vorstehenden Herrn Sauerberg nochmals mündlich den Dank der Versammlung für die Schenkung aus. Dann soll der in der vorigen Sitzung vertagte Tarif des Krankenhauses festgesetzt werden, nachdem der Magistrat in den Nachbarköfen Erlaubigungen eingezogen hat. Er schlägt vor, es bei dem alten Tarif zu belassen, und nur für auswärtige Kranke das tägliche Verpflegungsgeld von 2 Mark auf 2,50 Mark zu erhöhen, außerdem für alle Verpflegte geforderte Bekleidung besonderer Aufwendungen für Verpflegung, Heil- und Verbandmittel zu fordern. Herr Dr. Krause will die Mitglieder des Halberstädter Knappschützvereins als „Auswärtige“ angesehen wissen, da der Verein seinen Sitz in Halberstadt habe. Außerdem wünscht er Erhöhung des Verpflegungsgeldes für Kinder und Patienten der 1. und 2. Klasse, damit das Krankenhaus den modernen geforderten Anforderungen gerecht werden könne. Herr Bürgermeister Reinhard und andere Herren wenden sich dagegen. Namentlich betont Herr Knappschützmeister Hoff, daß dann sicherlich der Verwalt, der übrigens noch nicht einmal seinen gesetzlichen Referenzfonds angesammelt habe, seinen freiwilligen Zuschuß von 850 Mark jährlich zurückziehen und seine Kranken nach dem „Bergmannstraße“ in Halle bringen werde, das sich schon für 1,50 Mark pro Tag angeboten habe. Nach langer Diskussion einigt man sich auf die Erhöhung des Verpflegungsgeldes für Auswärtige auf 2,50 Mark und die Bestimmung, daß für besondere Aufwendungen Vergütung verlangt werden kann. Sodann wird zur Etatberatung geschritten. Beim Krankenhaus-etat gibt Herr Bürgermeister Reinhard Auskunft über den Fall der schwer verbrannten Frau, die drei Stunden auf Wadewasser habe warten müssen. Er erklärt, daß die Wartezeit nur 1 1/2 Stunde gedauert habe, daß Heiß- und Wärmeverrichtungen genug im Hause vorhanden seien, daß aber der jenen Abend in Gebrauch genommene Badewasser aus unbekannter Ursache zu langsam Wärme entwickelt habe. Er gebe dem Chirurgen des Krankenhauses anheim, die Ausstattung noch eines Gasofens auch im Hauptgebäude zu beantragen, damit dergleichen nicht wieder vorkomme. Derselben Meinung ist auch Herr Salinger. Herr Stadtdirektor Ulrich tadelt es, daß außer der Besetzung gegen den Willen der Kurgäste, aber mit Zustimmung der Schwestern einige Mägde aus dem Gemeindegarten gekommen seien, um mit den Kranken zu beten. Auch lägen die Schwestern mitunter des Abends so laut, daß die Kranken schlafen würden. Herr Bürgermeister Reinhard erklärt, daß das laute Singen bereits abgestellt sei und die „Mägde“ würden, falls sie wieder kämen, wegen Hausfriedensbruchs angezeigt werden. Weiter bemängelt Herr Ulrich, daß beim Straßensetzen nicht genügend geprengt werde. Es wird von der Anschaffung von Sprengwagen gesprochen. Die Baudeputation soll sich mit der Sache befassen. Das gleiche geschieht mit der Anregung des Herrn Ulrich, an der Eisenbahnüberführung auf Kriegs Weise eine Bedürfnisanstalt zu errichten. Auf seinen Wunsch soll auch veröffentlicht werden, welche Untersuchungen in bezug auf die Kontrolle der Nahrungsmittel vorgenommen sind. Weiter klagt Herr Ulrich über die schlechte Straßenbeleuchtung. Herr Reinhard erklärt, daß die Polizeibeamten es anzugehen haben, wenn eine Laterne nicht brenne und daß dafür jedesmal dem Elektrizitätswerk ein Abzug gemacht wird. Herr Ulrich hält die Umpflasterung der Pringelstraße nicht für unbedeutend, dafür aber einen besseren Aufgang zur Fleischergasse und Rodmarinstraße. Herr Reinhard erklärt, daß dies bei der Umpflasterung, die unumgänglich notwendig sei, nicht gemacht werden wird. Er verspricht auf eine entsprechende Anregung eine Polizeiverordnung, die das Herabfahren der Pringelstraße ohne Hemmung verbieten wird, weil die ungehemmten Wagen häufig eine Hemmung an den Bordsteinen suchen und diese ruinieren. Herr Ulrich regt eine Erhöhung der Hundsteuer auf 15 Mark an. Herr Reinhard sagt dies für die Zukunft zu, nachdem die Versammlung ihre Zustimmung ausgedrückt hat. Auf Anfrage erklärt Herr Bürgermeister Reinhard noch, daß das Elektrizitätswerk von dem vertragsschließenden Ueberschußanteil bisher noch nichts an die Stadt zu zahlen gehabt habe, weil der erzielte Ueberschuß von rund 30 000 Mark bisher noch von der Straßenbahn aufgebraucht worden ist. Der Haushaltsplan wird im einzelnen wie im ganzen genehmigt. Zugelassen wird auch dem vom Magistrat vorgeschlagenen Steuerzuschlag von 200 Prozent zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und von 155 Prozent zur Einkommensteuer. Es sind dies dieselben Sätze wie im laufenden Jahre. Die Etatberatung hat diesmal wesentlich länger als sonst gedauert. —

**Bereins-Kalender.**

- Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pfg. Bei Aufnahme von Anzeigen für diesen Teil muß stets der Inhalt zu entrichtende Betrag beigefügt werden. Uebernahm erfolgt keine Aufnahme.
- Verband städtischer Arbeiter, Filiale Magdeburg.** Mitglieder-Versammlung Sonnabend den 17. d. Mts., abends 8 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27/28. 520
  - Verband der Sattler u. verw. Berufsigen.** Versammlung Sonnabend den 17. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in der „Bürgerhalle“. 523
  - Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** Versammlungen finden statt: Sonnabend den 17. März, abends 8 Uhr, Sektion der Stellmacher bei Thiering, Thieringstraße 28; Sektion der Sigmundschüler im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38. —
  - Fabrikarbeiter-Verband, Bezirk Neustadt.** Sonnabend den 17. März, abends 8 Uhr, Versammlung im Lokale des Herrn Daniels, Fabrikstraße 5-6. —
  - Halberstadt.** Wegen der am Sonntag im „Deum“ stattfindenden Volksversammlung fällt diese Woche die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins aus.

**Lange & Münzer**

51a Breiteweg 51a



**Mützen**

für Knaben und Mädchen

Matrosenform in einfarbig marine und rot

1.25 1.00 85 65 55 48 30 Pfg.

Sockelfasson, in einfarbig und englisch kariert

1.00 72 65 60 55 48 38 Pfg.

Damen-Mützen in marine und englisch kariert

2.50 2.25 2.10 1.75 1.65 1.35 95 Pfg.





# Sechs große Volks-Versammlungen

finden statt am  
**Sonntag den 18. März, morgens 11 Uhr**

Altstadt: Dreikaiserbund, Gr. Storchstr. 7  
 Neue Neustadt: Weißer Hirsch, Friedrichsplatz 2  
 Alte Neustadt: Krone, Moldenstraße 43-45  
 Buckau: Thalla-Saal, Dorotheenstraße 14  
 Sudenburg: Zerbster Bierhalle, Schöningerstr. 28  
 Wilhelmstadt: Luisenpark, Spielgartenstraße 1c

Tagesordnung in allen Versammlungen:

## Frei Wahlrecht - Frei Preussen.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Demonstrieret durch Massenbesuch dieser Versammlungen für die dem Volke gebührenden Rechte.

3017 **Fr. Holzappel, Sekretär.**

### Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter

Verwaltung Magdeburg  
 Bureau: Knochenhauerufer 28 Fernsprecher 404

#### Bezirk Neustadt

Sonnabend den 17. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bartels, Fabrikenstraße 5/6

#### Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Entstehung und Entwicklung der deutschen Gewerkschaften (Referent Kollege Otto Frenzel). 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch der Versammlung erwartet  
 Die Verwaltung.

### Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltung Magdeburg.  
 Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.

#### Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 17. März, abends 8 1/2 Uhr  
 Bezirk Magdeburg (innere Stadt mit Friedrichsstadt und Werder) in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27/28.

Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Hermann Weims über „Was ist Sozialismus?“

Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Spielgartenstr.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen R. Nitzsch über „Die Presse, ihre Entstehung und Entwicklung“.

Bezirk Gr.-Ottersleben im Lokal von Fr. Strumpf.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Arbeiterssekretärs W. Dillingen über „Was ist Sozialismus?“

Weitere Tagesordnung in allen Versammlungen:  
 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet  
 Die Verwaltung.

### Verband der Töpfer, Magdeburg.

Sonnabend den 17. März, abends 8 Uhr  
 in der Zentralherberge (bei Böhme)

#### Mitglieder-Versammlung.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.  
 Der Vorstand.

### Achtung! Maler! Achtung!

Am Freitag den 16. März 1906, im Lokale von Ed. Holtz,  
 Fischerkrugstraße 22

#### Außerordentliche Versammlung.

Tagesordnung:  
**Stand unserer Lohnbewegung**

und das Antwortschreiben des Arbeitgeber-Verbandes auf unseren eingereichten Lohnantrag.

Es ist dringend notwendig, daß in der Versammlung Mann für Mann erscheint, da es gilt, die eigenen Interessen, die eigene Lebenshaltung zu sichern.  
 Die Filialverwaltung.

### Olvenstedt.

Am Montag den 19. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rielebock

#### Ordentliche Generalversammlung

der Kranken-Unterstützungskasse der vereinigten Handwerksgehilfen zu Olvenstedt (G. H.)

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben und da dieselbe eine sehr wichtige ist, werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
 Der Vorstand. Stephan Dürr.

## Calbe a. S.

Am Sonntag den 18. März, nachmittags 3 Uhr, im Saale der „Reichskapelle“

### Volksvereins-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Beschlußfassung über das Bezirksstatut. 3. Verschiedenes.

#### Zur Feier des 18. März

laden wir alle Genossen zu dieser Versammlung ein. Gäste haben Zutritt.  
 Der Vorstand. J. A.: Fr. Hölke.

### Arbeiter-Sekretariat Magdeburg

Unentgeltliche Auskunft an organisierte Arbeiter und Witwen, Waisen, Dienstboten, Lehrlinge, Invaliden und solche Personen, die einer Organisation nicht angehören können, in der Zeit von 11-1 u. 5-7 Uhr. Außer der Auskunftszeit ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen.

### Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschl. Verwaltung Magdeburg

Bureau: Stephansbrücke 38. — Telephon: Nr. 276.

Den organisierten Arbeitern und Parteigenossen Magdeburgs zur Nachricht, daß die

### Russischer Legitimationskarten

welche Mitglieder des Zentralverbandes der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter sind, erhalten haben. Wir bitten die Parteigenossen und organisierten Arbeiter, falls sie mit Russischen zusammenkommen, sich die Kontrollkarten zeigen zu lassen. In Frage kommen die Russen aller Branchen, wie Bierkutscher, Expeditionskutscher, Kutscher in den kaufmännischen Geschäften, Stein-, Sand-, Mörtel-, Holz-, Kohlen- und Müllkutscher usw.

Wer von den Russen keine Legitimationskarte besitzt, ist nicht organisiert.  
 Die Ortsverwaltung. I. A.: Ferd. Bender.

### Wahlkreis Quedlinburg-Aschersleben-Calbe

Sonntag den 18. März

#### Öffentliche Versammlungen

in Thale nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur Lanne“. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.

in Aschersleben abends 8 Uhr im „Anter“. Referent: Redakteur Wittmann a. d., Magdeburg.

in Stassfurt abends 8 Uhr im Wiehners Lokal. Referent: Reichstagsabgeordneter Lipinski, Leipzig.

in Quedlinburg abends 8 Uhr im Restaurant „Vorwärts“. Ref.: Stadtverordneter Rob. Greiner.

### Schönebeck

nachm. 3 Uhr im „Stadtpark“. Referent: Reichstagsabgeordneter Lipinski, Leipzig.

#### Die bürgerliche Revolution von 1848/49 und das preussische Dreiklassenwahlssystem.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Hauptvorstand.

### Burg. Burg. Burg.

Sonntag den 18. März, vormittags 11 Uhr im „Hohenzollernpark“

## Grosse öffentliche Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 Die bürgerliche Revolution von 1848-49 und das preussische Dreiklassen-Wahlssystem.

Referent: Stadtverordneter Genosse R. Heuning - Magdeburg.

Arbeiter Burgs! Durch einen Massenbesuch dieser Versammlung möcht ihr zeigen, daß ihr mit dem preussischen Dreiklassenwahlssystem nicht einverstanden seid.  
 Der Einberufer.

### Mieter-Bau- und Sparverein

E. G. m. b. H.

Sonnabend den 24. März, abends 8 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27/28

#### Ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Wahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. 4. Entschädigung der Hilfskassierer. 5. Wahl der Hilfskassierer. 6. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen ersucht. Die Mitgliedsbücher gelten als Legitimation.  
 Der Vorstand. A. Pitt, Vorsitzender.

### Schönebeck a. G.

Freitag den 16. März, abends Punkt 8 1/2 Uhr, im Saale der „Tonhalle“

#### Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung.

Thema:  
 Die neueste Methode des Unternehmertums im Kampfe gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung.

Referent: Kollege Decker - Magdeburg.

Um zahlreichen Besuch bittet  
 Das Gewerkschaftskartell.

### Schönebeck Arbeiter-Gesangverein „Sängerschaft“

feiert sein diesjähriges

#### Winter-Vergnügen

am Sonnabend den 17. März, abends 8 Uhr, im „Stadtpark“ durch Konzert, Theater und Ball unter freundlicher Mitwirkung auswärtiger Gesangvereine.

Zahlreichen Besuch erwartet  
 Das Komitee.

### Klein-Ottersleben.

Sonnabend den 17. März

#### Gr. Kappenfest.

Ergebnis ladet ein  
 Friedrich Giermann.

### Allgemeine Ortskrankenkasse für verschiedene Berufe zu Aschersleben.

Den Mitgliedern bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß neben den bisherigen Kassenärzten, den Herren Sanitätsrat Dr. Herzfeld und Dr. Rossberg vom 15. d. M. ab Herr Dr. Geiß, Wilhelmstr. 10, praktizieren wird.

Aschersleben, 14. März 1906  
 Der Vorstand.

### Walhalla.

Ab Freitag den 16. März

#### Vollständig neuer glänzender Spielplan!

Nur Attraktionen!

Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

### Stadt-Theater.

Freitag den 16. März 1906

#### Der Troubadour.

Hierauf: Coppelsta.

Sonntag den 18. März 1906 nachm. 3 Uhr, Volkstümliche Vorstellung

#### Romeo und Julia.

### Wilhelm-Theater.

Heute und folgende Tage: Neue Ausstattung! Großer Erfolg

#### Schützenlied.

### Sieverts Variété

Heute Donnerstag den 15. d. Mts.  
 Herrenabend!



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 63.

Magdeburg, Freitag den 16. März 1906.

17. Jahrgang.

## Der Neinfall eines Berliner Spiegels in Brüssel.

Das Mißgeschick, von dem kürzlich ein Beauftragter des Berliner Polizeipräsidenten betroffen wurde, als er den Versuch machte, einen ehrlichen Menschen durch Bestechung zum Verräter an seinen Freunden zu machen, dürfte noch in aller Erinnerung sein. Dieselbe Tölpelhaftigkeit, die jene Herren bei ihrem unfauberen Handwerk auszeichnete, scheint aber bei der Spizelei unüberwunden zu sein. Hören wir, wie es einem Berliner Spiegel erst dieser Tage in Brüssel erging. Genosse Camille Hymans, Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus, erzählt darüber im „Peuple“ eine recht amüsante Geschichte, die wir mit unwesentlichen Kürzungen hier wiedergeben wollen:

Seit einigen Monaten bereits wird unser Maison du Peuple von Spiegeln allerlei Nationalitäten belagert. Wirklich hatte ich die Ehre, den Herrn Untersuchungsrichter bei mir zu empfangen, der mich in der Angelegenheit Novatski sprechen wollte. Bei dieser Gelegenheit sagte ich dem Herrn in unverbämter Weise meine Meinung.

Ich bedeutete ihm, daß ich es für viel richtiger halten würde, wenn die belgischen Behörden sich mehr um die Nachfolger des russischen Barons von Sternberg traurigen Andenkens kümmern würde, als um die ausländischen Sozialisten, deren ganzes Verbrechen darin bestehe, an der ökonomischen und intellektuellen Befreiung der Arbeiterklasse mitzuwirken. Dieser Ratsschlag scheint wenig geachtet zu haben, die Aufdringlichkeit der ausländischen Spigel wuchs.

Am 3. März kam in Brüssel ein Individuum an, das sich Carl Wolff nannte und angab, daß er Zeidner sei und im Alter von 33 Jahren stehe. Dieser Herr logierte sich in einem Hotel ganz in der Nähe des Maison du Peuple ein. Er suchte nun Bekanntschaften anzuknüpfen mit Genossen, die im Maison du Peuple verkehrten, interessierte sich für die Entwicklung der Genossenschaft, abonnierte unser wissenschaftliches Organ und wurde ein fleißiger Kunde unsrer Buchhandlung; unter anderm kaufte er auch unsern Kalender, in welchem die Mitglieder des Internationalen Bureaus abgebildet sind. Am 4. und 5. März, während der Tagung des Internationalen Bureaus, zeigte er sich lebhaft interessiert für das, was die ausländischen Delegierten sprachen und taten.

Da wir ebenfalls darum besorgt waren, gut informiert zu sein, so logierte sich einer unsrer Freunde in demselben Hotel ein, wo Herr Wolff wohnte, und zwar in dem anstoßenden Zimmer. Unser Mann liebte es, am Abend in seinem Hotel bei einem Glas Bier zu plaudern und wir sahen ihm einige unsrer Freunde zur Gesellschaft, die sich als trinkfester erwiesen, als er; es waren u. a. Freund Vandendorpe und andre Mitglieder des von Emil Vandervelde gegründeten Abstinenzbundes. Herr Wolff zeigte sich als schlechter Patriot, er konnte von dem Münchener Bier, dem Nationalgetränk der Deutschen, die nötigen Quantitäten nicht vertragen. Dagegen glaubte er alle Bären, die ihm von uns aufgebunden wurden, und berichtete alles nach Berlin. Das schlimmste aber, er verlor den vertraulichen Bericht, welcher an seinen Chef abgehen sollte. Und so erhielt er denn nachstehenden Brief von Berlin zugestellt:

Werter Herr Wolff! Im Auftrage des Herrn Chef schreibe ich Ihnen den nachstehenden Brief, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Sie schiden uns heute den Bericht Nr. 3. Wo bleibt der Bericht Nr. 2, der hier noch nicht eingegangen ist? Sollte er verloren sein?

2. Engagieren Sie keinen Agenten. Es ist Ihnen verboten, diesen Weg zu betreten. Auf keinen Fall würden Sie Geld erhalten für ein Engagement, selbst nicht für eine Zeitung. Hier ist man der Auffassung, daß es besser wäre, wenn Sie sich mit einigen Herren in freundschaftliche Verbindung setzten, mit denen Sie dann von hier aus korrespondieren könnten.

3. Wenn wie in der festgesetzten Zeit eine Antwort von Ihnen nicht erhalten, verweigern wir jede Verlängerung und Sie hätten dann sofort zurückzukommen.

Ich bitte Sie also nochmals, das Obige genau zu beachten.

Ihr Ludwig.

Wir verstehen sehr wohl, so fährt Genosse Hymans spottend fort, warum der Bericht Nr. 2 nicht angekommen ist. Die belgischen Genossen liebten es, sich an dem Originaltext in der deutschen Sprache zu üben.

Hymans schildert nunmehr, in welcher Weise Herr Wolff von unsern belgischen Genossen gefaßt, als Spigel entlarvt und verabschiedet wurde. Aus dem obigen Brief mußte man, daß Herr Wolff bald abreisen würde. Einige Genossen trafen ihn am Bahnhof, man sagte ihm in derben deutschen Ausdrücken, was man über ihn denke, und man sagte allen, die es hören wollten, welche janzere Patron der Herr Wolff sei. Und bald erkante es von allen Ecken des Bahnhofs: „Wollt Ihr einen politischen Spion sehen? Seht Euch diesen Herrn mit dem Regenschirm an!“ Als der Zug abfuhr, luden unsre belgischen Genossen den Berliner Spigel zum Wiederkommen ein, eines freundlichen Empfanges könne er sicher sein. — So erreichte das kurze Gastspiel eines Berliner Polizeispiegels in Brüssel sein Ende.

Der „Vorwärts“ kann zu dieser Spizelaßäre mitteilen, daß der Wolff von Kriminalkommissar v. Arnim gefaßt war, von demselben, der schon zur Ueberwachung deutscher Sozialistenführer in London war und dort ebenjo zur Strecke gebracht wurde, wie jetzt sein Spigelgenosse Wolff in Brüssel. Und habe die Berliner Polizei schon einmal in London angefragt, ob sie dorthin Beamte schicken dürfe, die Studien in den englischen Maßregeln zum Schutze höchster Personen machen könnten. In London wurde das Geheiß abgelehnt.

## Aus der Parteibewegung.

**Parteipreise.** Auf der Kreisversammlung für Mainz-Opfenheim wurde mitgeteilt, daß die Vorbereitungen zur Erweiterung der Mainzer „Volkszeitung“ gut vorangeschritten sind; demnächst wird eine Konferenz der beteiligten Organisationsvorstände entscheidende Beschlüsse fassen. Eine Preiskommission soll geschaffen werden. Außerdem wird die Druckerei in Parteieigentum überführt werden.

**Sächsische Justiz.** Bei der Stadtverordnetenwahl in Reichenbach am 7. Dezember vorigen Jahres, erlitten zwei Stunden vor der Wahl plötzlich ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes, von Wigen und Verleumdungen strotzendes anonymes Flugblatt, das aus dem ordnungsparteilichen Lager kam und unterzeichnet war: „Mehrere Bürger“. Darin war gesagt, daß der

Textilarbeiterverband mit den Arbeitergroßen herumspinge und seinen Mitgliedern das Geld aus der Tasche ziehe und daß das sozialdemokratische Flugblatt mit Unwahrheiten renommire. Genosse hat die Verleumdung nicht, anstatt bisher drei, wurden fünf neue Vertreter gewählt. Aber der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes und Stadtverordneter Genosse Pfaff blieb dem „Mehrere Bürger“ unterzeichneten anonymen Flugblatt in einem von ihm verfaßten Flugblatt die Antwort nicht schuldig. Darauf stellten das bürgerliche Wahlkomitee und die Textilarbeiter mit ihren Professoren Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft erhob die Anklage im „Öffentlichen Interesse“, aber nicht etwa nur wegen Verleumdung, sondern auch wegen Verübung groben Unfugs. In der Verhandlung wurde nur durch die Jugendvernehmung der anonyme Verfasser aus Tageslicht gefördert, es war der Textilarbeiter Fabrikant Franz Feiler aus Reichenbach, der sich nicht bedingte, gemäß dem Strafantrag gestrichelt zu werden, wohl aber sein Spitzbild. Der Staatsanwalt fand, daß das Flugblatt des Angeklagten große Erregung in weiten Bürgerkreisen hervorgerufen habe, weshalb er die Anklage nicht nur wegen Verleumdung, sondern auch wegen Verübung groben Unfugs aufrechterhalte. Auf die Frage des Verteidigers, warum er denn nicht präventiv gegen den Verfasser und Herausgeber des ordnungsparteilichen Flugblattes wegen Verleumdung des Preiskomitees Anklage erhoben habe, sondern die Sache verfahren ließ, obwohl ihm Pfaff bei der Vernehmung des „Edmunds“ Flugblatt überreicht und auf die Tatsache aufmerksam gemacht habe, daß weder der Verleger noch Drucker darunter stehe, blieb der Herr Staatsanwalt die Antwort schuldig. Der Verteidiger gab im Auftrage seines Klienten die Erklärung ab, daß sie nunmehr gegen den Verfasser des anonym erschienenen Flugblattes Strafantrag wegen Verleumdung stellen würden, da der Mann ja jetzt betannt sei.

Der Genosse Pfaff wurde nun nicht etwa freigesprochen, sondern zu 200 Mark Geldstrafe wegen öffentlicher Verleumdung verurteilt. Aus der Begründung ist hervorzuheben, daß das Gericht in dem ordnungsparteilichen Flugblatt objektive Verleumdungen des Angeklagten sieht, daß diese aber in „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ begangen seien, obwohl Pfaff der Angeklagte war. Deshalb sei von einer Freiheitsstrafe abgesehen worden.

## Bermischte Nachrichten.

**Die eifersüchtige Gattin in der Kohlenkiste.** Vor einigen Tagen brachte das Dienstmädchen Katharina M. beim Zivilrichter des Bezirks Leopoldstadt (Wien) eine Kohlenkiste vor. Sie verlangte von ihrer ehemaligen Dienstherrin, der Gattin des Dr. Anton M., 50 Aronen Erbs, weil sie „ihre vierzehn Täg“ nicht machen konnte, sondern am Schluss einer für jeden Unberechneten sehr vollenigen Szene heftigen Auslassungen worden sein soll. Die Klägerin, ein hübsches, munteres „Stubenläschen“, erzählte darüber folgendes: „Die Geschichte war nämlich so: Die gnäd' Frau hat glaubt, i und der gnäd' Herr... es ist zu komisch... hätten ein... wie sagt ma denn so, ein Teufelmechel. Sie muß wohl glaubt hab'n, daß der gnäd' Herr, wann z' Mittag ihr Schlafel macht, zu mir in die Kuchel auf Besuch kommt, und da woßl sie sich... es is ungläublich, wie i mich für so schlecht anschau'n hat. Finna... da woßl i sie sich überzeugen, ob's wirklich wahr is. Also kommt sie nachmittags, wie ich abtunn' nach'n Essen, in die Kuchel, geht net schlaf'n und schlupft in unsre gerichtete, leere Kohlenkiste ein. I hab' natürlich ja Ahnung von dem Manöver, kunn' in die Kuchel z'ruck, mach' i'schir, kenn unanand. Der Herr kommt natürlich ner... I arbeit' also, und... na, es is einfach zum Loflad'n... nehm' die Reif'n vom Essen, heb' n Deckel a bißl auf und schmeiß' s eini. Gleich drauf lehr' i aus und pulver' natürlich a Maifa Mist eini. Zum Schluss... i hab' grad den Of'n putz' — schmeiß' i a große Schaufel Nischen mein. Im selben Moment — i mach' an Schrei, springt der Deckel von der Kohlenkiste'n auf, und die gnäd' Frau steigt wie a Geiß, voll Nsch'n, Mist und Mistraachen aus der Kiste'n raus. Jenes Marand Joseph, järei i z'erst, aber glei' drauf is mir a Licht aufgangen. Jetzt kummt natürlich der Spektakel. Der

## Feuilleton.

Abdruck verboten

## Augustin Robespierre.

Roman aus der französischen Revolutionszeit.

Von Jan ten Brink. Deutsch von Georg Gärtner.

(25. Fortsetzung.)

Mit einem Gefühl der Erleichterung hörte Augustin, daß der Graf de Lauriac Maximilien gerührt hatte — was so verwunderlich nicht war, da viele Mitglieder des Adels und der Geistlichkeit in den Generalsständen vor den Oktobertagen 1789 Robespierre mit Sympathie angehört hatten, trotz des Sohnes, womit andre sein Auftreten unmöglich zu machen suchten.

Augustin wußte nun, daß der Name Robespierre auf das Gemüt der ci-devante Eindruck gemacht hatte, obwohl es ihm noch immer unerklärlich erschien, daß sie über die großen Ereignisse des Jahres 1792 noch nicht unterrichtet sein sollte. Henriette verstand in ernstes Sinnen und ging schweigend an seiner Seite dahin. Sie hatten das nun geschlossene und ruhig daliegende Duplansche Haus zur Rechten, vor ihnen lag die Rue Royale. Sie schlugen die Richtung der Einsäßigen Felder ein und Augustin freute sich, als er die dunkle Masse der hochragenden Bäume, vom milden Lichte des Mondes beschienen, vor sich sah. Die Straße war einsam und menschenleer und kein Laut störte die Stille der Sommernacht.

Augustin konnte nicht länger schweigen. Er suchte vergebens die Erregung, die durch seine Stimme zitterte, zu unterdrücken:

„Ich habe Ihre Erzählung mit so großer Teilnahme angehört, daß ich sehr begierig bin, die Fortsetzung zu vernahmen. Aber vielleicht bin ich unbescheiden, und dann werde ich gern Ihre Schweigen respektieren.“

Henriette sah zu zittern. Sie blickte zu Augustin auf. Bei dem Lichte des Mondes sah er, daß auf ihren Wangen Tränen glänzten. Dieses Mitleid ergriff ihn. Scheinbar ruhig antwortete Henriette:

„Ich finde es nicht unbescheiden, Herr Robespierre, wenn

Sie mich nach näheren Einzelheiten aus meinem Leben fragen. Aber ich bin seit einem Jahre so unglücklich, daß ich fast nicht darüber sprechen kann. Ich will es aber dennoch versuchen, weil ich durch die ritterliche Höflichkeit, die Sie mir erweisen, bewegt bin. — Aber es ist alles so bitter, so grausam...“

Das junge Mädchen sprach die letzten Worte fast flüsternd, da ihr Stimme verriet, daß abermals die Tränen hervorzuquellen drohten. Sie fuhr sich schnell über die Augen und fuhr etwas ruhiger fort:

„Ich habe keine Tränen mehr! Fast ein ganzes Jahr habe ich ununterbrochen geweint. Aber ich habe gelernt, mich in mein bitteres Los zu fügen. Und nun werde ich Ihnen erklären, warum mich der Gedanke an den Juni des vergangenen Jahres so tief erschüttert.“

Augustin führte sie in die breite Allee, die noch heute Cours de la Reine genannt wird. Er blieb mit ihr in der Mitte der ungepflasterten Straße im vollen Mondlicht. Sie hatten ihren Schritt gemäßig und gingen nun ruhiger, vertraulicher, wie in den bebauten Straßen. Augustin sagte mit stotternder Stimme:

„Ich höre mit Ungeduld, mein Fräulein!“

10. Henriettes Geschichte.

Das junge Mädchen löste den schwarzen Spigenhut und ließ ihn in den Nacken hängen, da die Wärme ihr lästig wurde. Augustin sah nun ihre bloßen Züge im vollen Mondlicht. Ihre dunkeln Augen glänzten feucht. Sie begann mit sanfter milder Stimme:

„Ein Jahr der bittersten Trauer liegt hinter mir. Mehr als einmal habe ich den Tod herbeigesehnt. Nun es der Zufall will, daß ich mich über meine Leiden aussprechen darf, werde ich Ihnen alles erzählen, in der Hoffnung, einige Fragen an Sie stellen zu dürfen. Ich weiß nicht alles, was im letzten Jahr geschehen ist. Die guten Kapuzinerfrauen wollten nichts davon wissen — konnten mir aber in ihrer Verweigerung nicht verweigern, daß der König auf dem Schaffot sterben mußte. Ich habe so viel Glend durchgemacht, daß diese Nachricht mich weniger ergriff, als ich dachte — ich war auf alles vorbereitet.“

Augustin nickte sich lechsam verührt. Er dachte an die

peirlichen Sitzungen des Konvents vom 16. und 17. Januar dieses Jahres; er dachte daran, daß auch Maximilien und er für den Tod des landesverräterischen Königs gestimmt hatten. Und als nun hier neben ihm die silberne Stimme vor Wehmut zitterte, fand er kein Wort, ihr zu widersprechen, um schienen seine Lippen geistlos durch den Zauber, der von ihr ausging.

Henriette fuhr fort:

„Ich kam, wie gesagt, mit meinen Eltern in der letzten Juniroche 1792 aus Morlaix nach Paris. Mein Vater wollte nicht länger in seiner Untertänigkeit verharren. Das Volk hatte Ludwig 16. in seinem eignen Palast gezwungen, die rote Jakobinermütze auf das Haupt zu setzen. Viele Leute aus unsrer Gegend, sämtlich von altbretonischem Adel, gesellten sich zu ihm. In Paris bezogen wir ein Haus in der Rue de la Harpe, dicht in der Nähe der Tuilerien. Der König empfing meine Eltern sehr wohlwollend, aber die Gefahren schienen so drohend, daß meine Mutter nur einige Male bei der Königin vorgelassen wurde. Ich selbst durfte das Haus nicht verlassen. Mein Vater hatte sich als Offizier bei einer Schweizer-Kompanie einreihen lassen. Den ganzen Tag brachte er in den Tuilerien zu, und kam nur abends, um uns zu erzählen, wie es in dem auführerischen Paris zuging. Mir blieb die Bedeutung der Ereignisse in der Hauptstadt merkwürdlich. Papa ging ganz auf in seiner Beherztheit für den König und antwortete nur kurz auf meine nachbegierigen Fragen... Mama weinte den ganzen Tag. Ich dachte ungefähr vierzehn Tage — dann kam etwas Schreckliches...“

Augustin fühlte ihren Arm in dem seinigen zittern. Sie schämte und ging langsamer. Sie befanden sich noch immer mitten in den prächtigen, schier endlosen Anlagen des Cours-de-la-Reine. Rechts erhoben sich die dichten Wälder der Einsäßigen Felder, links streckte sich der Seine-Quai aus, Fort-ant-Pierres genannt. Das helle Mondlicht zitterte auf den leise plätschernden Wellen des Flusses. Augustin machte wiederholt einen Anlauf, etwas zu sagen, fand aber keine passenden Worte. Endlich stammelte er:

„Es tut mir unendlich leid, Sie so betrübt zu sehen!“

(Fortsetzung folgt.)



und Herr und die gnädige Frau... no es is net zum ja'n und zum Schluß, wer hat d' Schuld: das arme Stubenmädchen. Das Weibchenverfahren des lustigen Prozesses ergab jedoch, daß die Klage Frau dem Dienstmädchen „nur gesündigt“ habe, daß die Klage jedoch aus freien Stücken den Dienst sofort verlassen hatte. Darum mußte auch die Klage abgewiesen werden.

**Vom „Kantscheimilch“ des Briefträgers** erzählt jemand in der „Straßburger Post“: Dieser Briefträger hatte zufällig das Meibier zu besorgen, in dem er selbst wohnte. Eines schönen Tages bekam er einen Brief in die Hände, adressiert: Mademoiselle Josephine K., Rue N. Ja, was ist denn das? Das ist ja meine Tochter! Sieh doch an, so schlau wie sie sein will, sollte sie doch wissen, daß ich ihr selbst den Brief bringen muß. Wer hat nun meinen Tochter zu schreiben? Ich muß doch sehen, was darin steht. Und damit hatte er auch den Brief schon geöffnet, las seinen Inhalt und liebte dann das Kunst mit seinem Gummi wieder zugefaltet zu. Als er zu Hause ankam, legte er seiner Tochter, die war Näherin, den Brief auf den Arbeitstisch: Hier, Josephine, ist ein Brief für Dich. Aber sage mir doch, wer ist das, der Dir Briefe schreibt? Die Tochter antwortete erötend, daß sie sich gar nicht denke, wer ihr schreiben könnte, und raich versicherte der Brief in ihrer Tasche. Ja, warum heißt Du den Brief so schnell in die Tasche? Wenn nichts dabei ist, so gib ihn her, ich möchte ihn gern lesen. Ich werde warten bis Mittag, und dann sagst Du mir, wer der ist, der diesen Brief geschrieben hat. Und richtig, zur Mittagszeit gestand die Tochter, daß es ihr Lieber Camill war, der ihr geschrieben habe. Er sei Schreiber und wohne da und da. Gut, jagte der Vater, ich will hoffen, daß dies der erste und letzte Brief gewesen ist. Das steht gerade noch, daß ich meiner Tochter auch noch ihre Liebesbriefe nach Hause bringen muß, um ihr dadurch etwa gar zu beweisen, daß ich diese Liebesbriefe dulde. Weinend zog sich die Tochter zurück. Kaum aber hatte der Vater seinen Dienstgang angetreten, so bezieht sich die Tochter, ihren Camill brieflich von dem Geschriebenen zu unterrichten. Der Vater jedoch hat einen seiner Kollegen: Sag einmal, wenn Du einen Brief mit der und der Adresse bekommst, so gibst Du ihn mir, ich muß ihn lesen, denn er ist von meiner Tochter an ihren Liebsten. Es vergingen keine zwei Stunden, so war der Vater schon im Besitze des Briefes. Zu seinem größten Erstaunen las er, wie seine Tochter über ihn sprach. Die Müheantwort lautete nicht anders, und so ging das eine Zeitlang weiter. Der Vater gab der Tochter nur dann und wann einige Zitate aus den Briefen zu „schmecken“, wobei sie jedesmal fast sprachlos war. Sollte Camill wirklich so schlecht sein und dem Vater heimlich alles erzählen? Sie schrieb ihm, daß der Vater alles wisse; wer der Schlechte wohl sein könne, der ihm alles erzähle? Liebe Josephine, lautete die Antwort, ich bin nicht derjenige, der Deinem Vater etwas gesagt hat; ich kenne Deinen Vater kaum und er mich gar nicht. Er macht vielleicht die Briefe auf? Aber sie sind doch alle so gut zu. Wenn Du willst, gehen wir zusammen nach Paris, wo wir auch glücklich leben können. — Das Mädchen aber schrieb darauf: Lieber Camill! Ich werde wahrhaftig, ich habe das nicht mehr aus. Mein Vater ist ein Tyrann. Ich mache ein Koch ins Wasser, ehe der Tag herum geht. Er weiß alles, alles. Errette mich, errette mich, lieber Camill, wenn Du mich lieb hast. Dies half. Am nächsten Tages kam zwar kein Brief, aber der junge Mann selbst. Nimm Dir mit, was Du Mühseliges hast; mache schnell. Während der Vater beim Abendessen im Wirtschaftshaus saß und sein „Täfelchen“ legte, verschwand die Josephine mit ihrem Camill auf Nimmerwiedersehen. Jetzt bereute der Vater den Bruch des Kantscheimilches gegenüber seiner Tochter schwer, aber trotzdem er alle Hebel in Bewegung setzte, war keine

Spur mehr von ihr zu entdecken; sie war eben „durch den Reif“. Die Geschichte aber, die ich hier erzählte, ist buchstäblich wahr, sie ist in meiner eignen Familie vorgekommen.

**Knabenräuber.**

In Stettin ist am Mittwoch ein Prozeß verhandelt worden, dessen Unterlagen an das italienische Brigantentum erinnern. Angeklagt sind der Lederarbeiter Emil Steinweg, der Aufreißer Ernst Juchs und der Arbeiter Emil Müller. Nur dem Erstangeklagten Steinweg steht ein Verteidiger zur Seite.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am Vormittag des 21. November v. J. wurde der fünfjährige Knabe Georg Rosenberger, Sohn des Stettiner Lederhändlers Hugo Rosenberger, zu einem drei Minuten von der elterlichen Wohnung entfernten Kaufmann geschickt, um einen Laib Brot einzukaufen. Auf dem Rückwege nahen sich dem kleinen Rosenberger die drei Angeklagten und lockten ihn in einen Hausflur. Hier wurde dem Kleinen ein Taschentuch in den Mund gestopft, damit er nicht schreien konnte, und darauf verschwand der nichtsahnende Knabe in einem Sack. Den jugendlichen Sack schlepten die drei Entführer durch die ganze Stadt nach der Wohnung eines der Knabenräuber. Auf dem Boden des Gantries Fabelsdorferstraße 17 wurde Georg Rosenberger in eine Handtasche gelegt und an den Hüften gefesselt. Am dem Kleinen die Langeweile zu vertreiben, kauften ihm die Entführer einen Zübel und andre Spielwaren.

Nun machten sich die drei Briganten an den von ihnen beachtlichen Hauptcoup: von dem Bauer des Knaben 5000 Mark Lösegeld — nach echt italienischem Brigantennus — zu erpressen. In einem Briefe wurde der Vater des Knaben aufgefordert, sofort auf der Post das Lösegeld in der angegebenen Höhe zu hinterlegen, andernfalls sei der Knabe „verloren“. Dem ersten Brief folgte am nächsten Tage, am Freitag, ein zweiter, in dem Rosenberger ersucht wurde, das Geld an demselben Abend noch nach einer auf dem Remiger Friedhof gelegenen, näher bezeichneten Stelle zu bringen, wo einer der Erpresser wartete. Als sich Rosenberger mit einigen Kriminalisten, dem Friedhof näherte, nahm der Räuber Reiskaus und verschwand zwischen den Gräbern.

Am nächsten Tage begünstigte sich die Erpresser nicht mit einem dritten Briefe, sie telephonierten auch noch dem Vater des vermißten Knaben an, die 5000 Mark sofort auf der Post zu hinterlegen, wenn ihm das Leben seines Kindes lieb sei. Hierbei wurden die Erpresser jedoch abgefaßt: Juchs konnte sofort verhaftet werden, Müller flüchtete in ein Haus des Paraderplatzes und jagte dann über mehrere Dächer hinweg, gefolgt von mehreren Kriminalisten, die während der toten Jagd auf den fliehenden feuerten und ihn in die Wade trafen. Schließlich hatte sich Müller in einer leerstehenden Wohnung verbarrikadiert, in der er nach heftiger Gegenwehr verhaftet wurde. Der dritte der drei Knabenräuber, der bei Rosenberger bedienstete Lederarbeiter Steinweg, der ebenfalls geflüchtet war, wurde einige Tage später festgenommen. Nach langem Kätern gaben die Angeklagten den Aufschlüsselung des kleinen Rosenberger an. Nach mehrstündiger Schwelgerei konnte der Knabe seinen Eltern wieder zurückgegeben werden.

Der Haupttäter Müller muß wahrscheinlich freigesprochen werden, da auf ihn der § 31 anzuwenden ist. Die Aergre haben den aus der Irrenanstalt Dreppow a. N. entsprungenen Müller nämlich schon vor Jahren als unheilbar geisteskrank erklärt. Die Anklage lautet im übrigen auf Entführung (§ 235), Freiheitsberaubung, verurteilte Erpressung und Bedrohung.

**Das Urteil.**

Der Prozeß endete mit der Verteilung Steinwegs zu vier Jahren Gefängnis, Juchs zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und Verlust der Ehrenrechte auf 3 Jahre. Müller wurde außer Verurteilung gesetzt, da er sich gegenwärtig in einer Irrenanstalt befindet.

**Briefkasten.**

**Burg. Gewerkschaftskartell.** Das Eingekaufte kann nicht als Vereinsstatuten beträchtet werden. Soll es als Inserat gebracht werden? —

**B.** Der gesamte Wahlvorstand hat für die Wahl aller 3 Klassen zu fungieren. —

**Marktberichte.**

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00—22,00, Speisebohnen (weiße) 23,00—40,00, Linsen 20,00—62,00, Kartoffeln 5,00—6,00, Nuchstroh 4,50—5,50, Krummstroh 3,50 bis 4,00, Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,97—1,08, von der Kente 1,60—1,80, Bauchfleisch 1,40—1,50, Schweinefleisch 1,30—1,80, Kalbfleisch 1,50—1,60, Hammelfleisch 1,40—1,60, Speck (geräuchert) 1,60—1,80, Gänsefett 2,40 bis 2,70. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,40—4,20.

**Wasserstände.**

+ bedeutet über, — unter Null				
Aber, Eger und Mosbau.				
Jungbunzlau	12. März + 0,58	13. März + 0,60	14. März + 0,62	15. März + 0,02
Bann	12. März + 1,37	13. März + 1,46	14. März + 1,46	15. März + 0,09
Andweiss	12. März + 0,76	13. März + 0,64	14. März + 0,64	15. März + 0,12
Reg.	12. März + 1,73	13. März + 1,48	14. März + 1,48	15. März + 0,21
Austrot und Saale.				
Straßfurt	13. März + 3,15	14. März + 2,80	15. März + 0,35	16. März + 0,35
Weißensfeld Mulp.	13. März + 2,60	14. März + 2,60	15. März + 0,00	16. März + 0,00
Trotha	13. März + 3,98	14. März + 3,96	15. März + 0,02	16. März + 0,02
Melßen	13. März + 3,84	14. März + 3,78	15. März + 0,06	16. März + 0,06
Bornburg	13. März + 3,26	14. März + 3,22	15. März + 0,04	16. März + 0,04
Calbe Oberpegel	13. März + 2,44	14. März + 2,42	15. März + 0,02	16. März + 0,02
Calbe Unterpegel	13. März + 3,42	14. März + 3,38	15. März + 0,04	16. März + 0,04
Mosbau.				
Tessau	13. März + 1,83	14. März + 1,84	15. März + 0,01	16. März + 0,01
Muldebrücke	13. März + 1,83	14. März + 1,84	15. März + 0,01	16. März + 0,01
Weißer Elbe.				
Barndubitz	12. März + 2,20	13. März + 1,66	14. März + 0,54	15. März + 0,00
Brandis	12. März + 1,84	13. März + 2,01	14. März + 0,17	15. März + 0,17
Melmitz	12. März + 1,91	13. März + 1,74	14. März + 0,17	15. März + 0,17
Wietzenitz	12. März + 1,61	13. März + 1,44	14. März + 0,17	15. März + 0,17
Auffig	13. März + 2,29	14. März + 2,26	15. März + 0,03	16. März + 0,03
Diesden	13. März + 0,97	14. März + 0,76	15. März + 0,21	16. März + 0,21
Lützen	13. März + 3,52	14. März + 3,27	15. März + 0,25	16. März + 0,25
Wittenberg	13. März + 3,90	14. März + 3,93	15. März + 0,03	16. März + 0,03
Wörlitz	13. März + 3,60	14. März + 3,74	15. März + 0,14	16. März + 0,14
Barby	13. März + 3,94	14. März + 4,00	15. März + 0,06	16. März + 0,06
Sponwed.	13. März + 3,66	14. März + 3,71	15. März + 0,05	16. März + 0,05
Magdeburg	14. März + 3,48	15. März + 3,51	16. März + 0,03	17. März + 0,03
Langerhütte	13. März + 4,12	14. März + 4,17	15. März + 0,05	16. März + 0,05
Wittenberge	13. März + 3,74	14. März + 3,80	15. März + 0,06	16. März + 0,06
Wobda-Dömitz	13. März + 3,19	14. März + 3,21	15. März + 0,02	16. März + 0,02
Yanenburg	13. März + 3,14	14. März + 3,18	15. März + 0,04	16. März + 0,04

**Albert Friedrich**  
 Altmarkt 22, neben der Löwen-Apotheke.  
 Empfehle als ganz besondere Billigkeit einen großen Posten  
**Schwarze u. farbige Kleiderstoffe** Robe von 4.25 an  
 reinwollene Kleiderstoffe von 4 an  
 Unterröcke, Damenhemden, Rosen, Korsetts, Tücher, Bettwäsche, Handtücher  
 Tischtücher, Gardinen zu wirklich enorm billigen Preisen.  
 Beim Einkauf v. 5 Mk. erhält jede Kundin ein hübsches Geschenk.

**Mittraulich betrachten Sie** die Billigkeit meiner Waren und doch erhalten Sie vom **Guten das Beste** in Butter, Schmalz, Margarine, Käse, Wurst, Corned beef, Lachs, Zucker, Kaffee usw.  
**Wagners Sutterhalle**  
 Eubenburg, Rottenthorstraße 10

**Schuh-Cremes**  
 Ia. Qualitäten, in Glasstücken und Blechboxen, als Mirakel Guttalin, Sutorin usw. empfiehlt  
**Gust. Hoffmeister**  
 Bräulatenstraße 21. 444 Annastraße 44.

**Wilh. Delor**  
 Anstalt, Friedrichstraße 3  
**Tischlerei und Ausstattungsgeschäft**  
 Große Auswahl in  
 nupfbaum und birkenen Möbel sowie Küchen-  
 möbel mit Blumen in hell und eichen  
 Par gute Arbeit! 2383

Sie finden stets größte Auswahl in allen Sorten  
**Schuhwaren**  
 in bester Ausführung 1205  
 zu allerbilligsten Preisen bei  
**Alwin Oelze, Buckau**  
 Coquiststraße 17  
 Konfirmanden - Stiefel

**Konfirmandenstiefel**  
 für Knaben und Mädchen.  
 Grösste Auswahl! Billigste Preise!  
**Schuhwarenhäus**  
**Albert Himmelstern** Magdeb.-Buckau  
 Schönbehersstr. 33  
 Mitglied des Rabattvereins. 3019

**Tafel-Pflaumen-Mus**  
 feinstes, offeriert von 5 Pfund an à Pfund 15 Pfg.  
**Witwe Wilhelmine Klaus, Magdeburg-N.**  
 Schmidtstrasse 34.  
 Verkauf im Kontor von 8 bis 7 Uhr. 589

**Danksgiving.**  
 Für die Beweise inniger Teilnahme, welche uns beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, des **Stiefers**  
**Otto Lachmund**  
 von Verwandten, Freunden und Bekannten, von den Mitarbeitern der Firma C. u. E. Carstens und seinen Kaufverwandten zuteil wurden, sagen wir Allen Verwandten und Bekannten durch den Ruhestreife „Etra“ unsern aufrichtigsten Dank.  
 1112  
**Marie Kersten**  
 und Kinder.

**Danksgiving.**  
 Für die vielen Krankspenden sowie für das letzte Geleit beim Heimgang meines lieben Mannes und meines guten Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten den herzlichsten Dank. Auch Dank dem Personal der Dampfzigelei Wilt. Wertens, vielen Dank dem sozialdemokratischen Verein für das letzte Geleit zur Ruheshätte. Insbesondere auch Dank dem Superintendenten Oelze für die trostreichen Worte am Grabe.  
 Mothensee, den 15. März 1906.  
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
 1115 **Wwe. Sopha** u. Kinder.

**Staudesamt.**  
**Magdeburg-Mittstadt, 14. März.**  
 Aufgebote: Kaufmann Rich. Liebe hier mit Renate Möhring in Kl.-Dietrichsleben. Klempn. Rich. Bretz mit Margarete Krüger. Schneidemeister Friedr. Wilt. Gust. Perm. Wernsdorf in Gardelegen mit Friederike Wilhelmine Bromann geb. Schäge hier. Kutsher Gust. Karl Otto Wigortz hier mit Dorothee Wilhelmine Anna Krüger in Elben. Arb. Karl Adolf Nagosky hier mit Martha Minna Reinicke in Staßfurt. Schriftl. Alb. Herm. Mebes hier mit Magdalene Emma Kruppe in Verburg. Korrepond. Friedr. Solms in Köln mit Elisabeth Anna Minna Agnes Mühlberg hier. Schmied Karl Friedr. Thon mit Wilhelmine Amalie Bod in Cöpen. Hotel-Portier Friedr. Wilt. Jürgen in Berlin mit Albertine Wilhelmine Margarete Müller hier. Schloss. Alf. Giesemann mit Alwine Sanger hier.  
 Geburten: Frida, E. des Arb. Herm. Merker. Otto, E. des Monteurs Edm. Mann. Heinz, E. des Ingen. Aug. Endemann. Wilhelm, E. des Eisenrech. Heinrich Paulus Karl, E. des Druckereibesizers Alb. Vogemann. Gertr. E. des Witzfelds und Schreibers Rich. Conrad. Margarete und Hanna, Zwillingst. des Kaufm. Adolf Bahl. Jenny, E. des Kennmoch. Rich. Franke. Edith, E. des Schneid. Karl Maertens.  
 Todesfälle: Kaufm. E. des Vieberstein, 69 J. 3 M. 25 T. Albr. bruch-Untern. Gust. Kline, 55 J. 2 M. 15 T. Martha geb. Hering, Ehefrau des Arb. Herm. Buro, 49 J. 10 M. 20 T. Schriftf. 10 M. 26 T. Unst. Adolf Groß, 43 J. 10 M. 26 T. Luise geb. Zander, Ehefrau des Schloss. Alb. Holzschumacher, 23 J. 4 M. 18 T. Anna Waack, 2 J. 2 M. 11 T.

**Danksgiving.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche uns beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen zuteil wurden, sagen wir Allen Verwandten und Bekannten durch den Ruhestreife „Etra“ unsern aufrichtigsten Dank.  
 1113  
**Marie Kersten**  
 und Kinder.

underehel, 18 J. 2 M. 11 T. Mar. S. des Schloss. Max Wolt, 9 T. Hanna, E. des Kaufm. Adolf Bahl, 1 T.

**Eubenburg, 14. März.**  
 Aufgebote: Tischler Adolf Franz Köhler in Wittenberg mit Marie Elisabeth Martha Wendt hier.  
 Geburten: Wm. S. des Eisenrechers Max Holle. Paul, S. des Eisenbahnarbeiters Gregor Stoffa. Ernst, E. des Schlossers August Stahmeister.  
 Todesfälle: Karl Rehner, Zimmermann, 51 J. 7 M. 6 T.

**Buckau, 14. März.**  
 Aufgebote: Müller Artur Freundt mit Anna Seidler.  
 Geburt: Walter, E. des Schlossers Otto Matthäus.  
 Todesfälle: Fabrikführer Wilhelm Schäfer, 59 J. 3 M. 10 T.

**Neustadt, 14. März.**  
 Aufgebote: Ziegler Albert Adolf Margenberg mit Auguste Amalie Margenberg. Straßenbahnschaffner Richard Karl Sprögel mit Lucie Martha Zillmann.  
 Geburten: Walter, E. des Eisenb.-Wagenmstr. Wilh. Müller. Martha, E. des Steinre. Otto Wense. Alfred, E. des Schriftf. jehers Adolf Pappert. Wanda, E. des Schlossers Paul Pawlowski. Gerhard, E. des Eisenbahnschaffners Albert Bein. Wilhelm, E. des Elektrumonteurs Wilhelm Bauer. Arno, E. des Stanzers Max Erlede.

**Mischerleben.**  
 Aufgebote: Arbeiter Robert Plattner mit Ida Reichshub. Arbeiter Karl Baumann mit Anna Brunne. Arbeiter Hermann Nieder mit Sophie Lampe geb. Walber. Arbeiter Wilhelm Nemert mit Ida Rohde. Schlosser Ludwig Krüger in Rothenditold mit Anna Schwarz hier.  
 Todesfälle: Friedrich, E. des Arbeiters Friedrich Zeitgebel, 5 M. 10 T.

**Schönebeck.**  
 Aufgebote: Musiker Wilhelm Hennige mit Minna Lepß. Schlosser Theodor Spielvogel mit Anna Wis. Steinmoch Johannes Kämpfe mit Elise Ruth in Dessau.  
 Geburten: Emilie Käthe und Margarete Martha, Zwillingst. des Bauers und Hauschichters Otto Richter. Luise, E. des Fabrikarbeiters Gustav Siebert. Fritz, E. des Fabrikarbeiters Franz Wrig. Walter, E. des Drehers Albert Bollrath. Paul, E. des Fuhrmanns Armin. Diermann.  
 Todesfälle: Ehefrau des Eisenbahnschreibers August Tiedge. Ida geb. Jungnickel, 36 J. Gustav, E. des Fabrikarbeiters Gustav